

WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



MITTEILUNGSBLATT NR. 3

MÄRZ 1953

5. JAHRGANG





Unsere Bilder

Titelbild: Die ersten Frühlingsblumen

Rückseite: Vorfrühlingsfreuden

Inhalt

Die Neuordnung der Hoesch AG. i. L.

Der Kampf um die Güter der Erde

Eisen bewegt die Welt

Ein Gerichtsschreiber erhält eine Medaille

Wir skizzieren und glossieren

Kalter Krieg am Nordpol

Mein Göttergatte schnarcht

Osterbräuche in Westfalen

Fränzken Giesenkirchen

Soziale Aufgaben im Blickpunkt

Theater-Planwirtschaft im Industrieviertel

Ein A bis Z der Wirtschaft

Zuviel weiße Blutkörperchen?

Perfekt ausländisch!

Unser Preisausschreiben

Unsere Beilagen

Wettertannen, Linolschnitt von Fritz Teuchert

Aufbewahren! Krankenordnung

Unsere neuen Bücher

Wanderlied

Von dem Berge zu den Hügeln,
niederab das Tal entlang,
da erklingt es wie von Flügeln,
da bewegt sich's wie Gesang;
und dem unbedingten Triebe
folget Freude, folget Rat;
und dein Streben, sei's in Liebe,
und dein Leben sei die Tat.

Denn die Bande sind zerrissen,
das Vertrauen ist verletzt;
kann ich sagen, kann ich wissen,
welchem Zufall ausgesetzt
ich nun scheiden, ich nun wandern,
wie die Witwe trauervoll,
statt dem einen, mit dem andern
fort und fort mich wenden soll!

Bleibe nicht am Boden heften,
frisch gewagt und frisch hinaus!
Kopf und Arm mit heitren Kräften,
überall sind sie zu Haus;
wo wir uns der Sonne freuen,
sind wir jede Sorge los;
daß wir uns in ihr zerstreuen,
darum ist die Welt so groß!

Goethe „Aus den Wanderjahren“, 1820

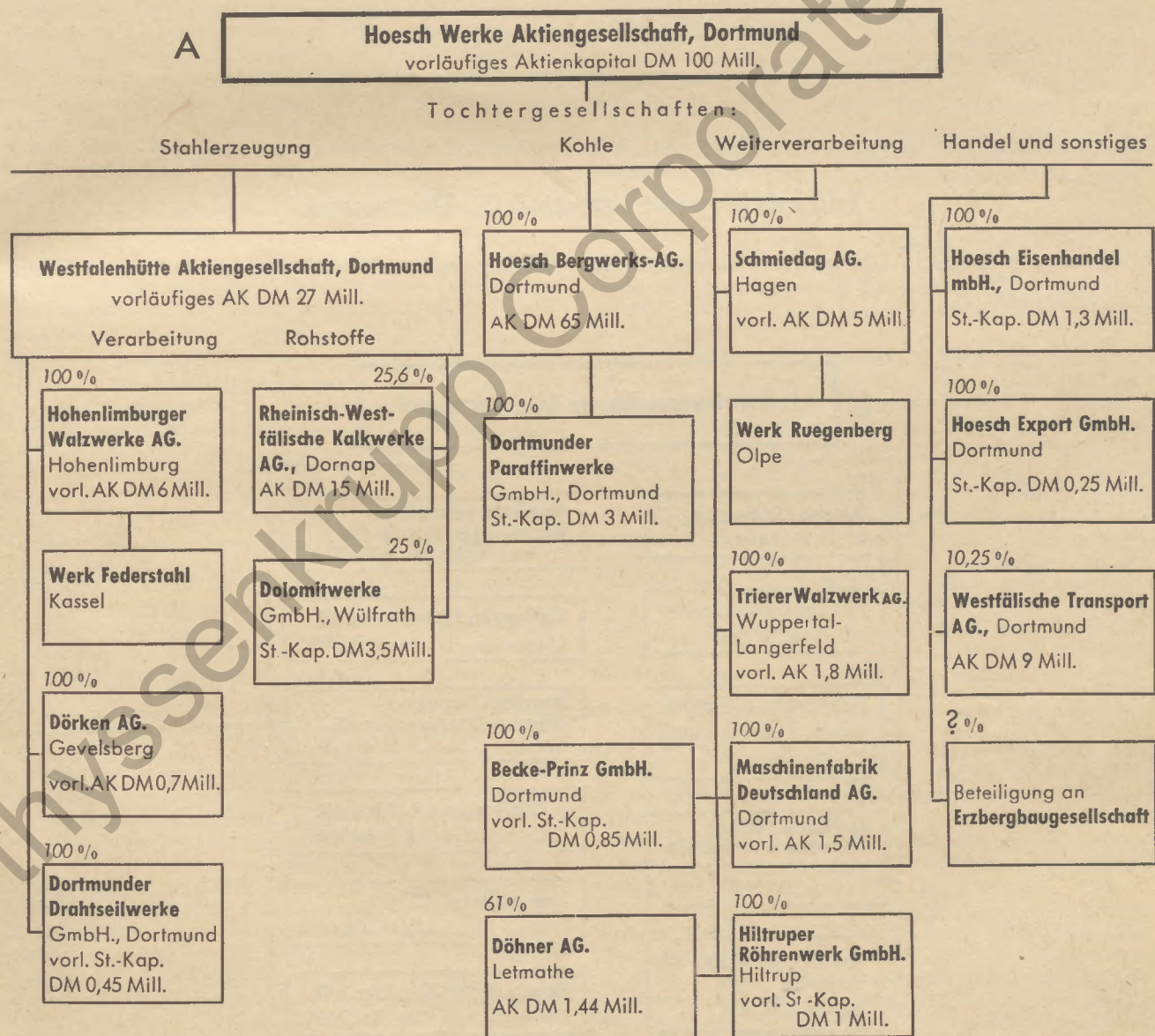
Die Neuordnung der Hoesch AG. i. L.

Am 3. Februar 1953 wurde von der CSG der Liquidationsplan für die Hoesch AG. i. L. übergeben. Danach werden die Werke der Hoesch AG. i. L. in drei Gruppen aufgeteilt.

Die erste und größte Gruppe wird durch die in der

Hoesch Werke AG., Dortmund

zusammengefaßten Gesellschaften gebildet. Das Aktienkapital der Hoesch Werke AG. und der meisten Tochtergesellschaften ist bisher nur vorläufig aus dem eingebrachten Umlaufvermögen gebildet worden. Die endgültige Kapitalfestsetzung nach durchgeführter Bewertung der Werkanlagen steht noch aus. Über die zu dieser Gruppe gehörenden Unternehmen unterrichtet das Schaubild A.



Die zweite Gruppe umfaßt unter der Firma

Altenessener Bergwerks-AG., Essen

die Zechen des im Jahre 1930 mit der damaligen Eisen- und Stahlwerk Hoesch AG. fusionierten Köln-Neuessener Bergwerksvereins in Altenessen und Bockum-Hövel bei Hamm sowie die von jeher mit diesen Zechen verbunden gewesenen Kohlen-Handelsgesellschaften gemäß dem nachstehenden **Schaubild B.**



Die restlichen Beteiligungen der Hoesch AG. i. L. werden von der noch zu gründenden

Industrieverwaltungs AG., Dortmund

übernommen werden. Die in diese Gesellschaft einzubringenden Beteiligungen ergeben sich aus dem **Schaubild C.**



Der Kampf um die Güter der Erde

Dr. Walther Pahl, ein anerkannter Kenner und Publizist der Weltwirtschaft (vgl. unsere Kritik seines neuesten Werkes „Rohstoffe, der Kampf um die Güter der Erde“, Goldmann-Verlag, in der Januar-Ausgabe 1953 unseres Mitteilungsblattes) stellt uns folgende Arbeit, die auszugsweise dem Einleitungskapitel seines genannten Buches entnommen ist, zur Verfügung.

In der Geschichte der Rohstoffwirtschaft sind immer wieder Perioden der Rohstoffknappheit von Perioden des Überflusses abgelöst worden. Nach dem ersten Weltkrieg war das Rohstoffproblem im wesentlichen ein Problem des Zuviel. Heute, nach dem zweiten Weltkrieg, stehen wir vor zahlreichen Mangelproblemen. An die Stelle des Kampfes um den Absatz der überschüssigen Rohstoffe ist die Jagd nach den Lagerstätten und Produktionsgebieten getreten. Jeder möchte sich ein möglichst großes Stück aus dem Rohstoffkuchen herauschneiden.

Welches sind die Ursachen für die scharfe Spannung zwischen Rohstoffbedarf und Rohstoffherzeugung?

Die industrielle Produktion ist insbesondere seit dem Kriege weit stärker gestiegen als die Rohstoffproduktion. In dem Zeitraum von 1929 bis 1937 war das umgekehrt: die Rohstoffherzeugung wuchs schneller als die Industrieerzeugung. So bemühten sich die Kautschukproduzenten vergeblich, ihr Erzeugnis an den Mann zu bringen. Der Kampf um den Markt führte dazu, daß die Preise in die Tiefe stürzten. Die Lage besserte sich erst, als ein Marktregulierungsplan in Kraft trat, der für die einzelnen Gewinnungsländer bestimmte Ausführquoten festlegte. Die niedrigen Rohstoffpreise in dieser Periode führten natürlich auch zu einer Vernachlässigung der Arbeiten für die Neuerschließung.

Als Ergebnis der ökonomischen Ausnahmebedingungen, die in den meisten Ländern seit dem Krieg vorherrschten, ist die Industrieproduktion der Rohstoffproduktion weit vorausgeeilt.

Dank der finanziellen Hilfe durch die USA vor und während der Marshallplanperiode erlebte die industrielle Erzeugung in den meisten westeuropäischen Ländern seit 1946 einen rapiden Aufstieg. Westeuropa als Ganzes, das 1946 um mehr als 20 Prozent unter der Produktion von 1937 lag, überstieg seine Vorkriegsleistung im Jahre 1951 schon um 32 Prozent. In den USA wuchs die industrielle Produktion von 1940 bis 1951 um über 60 Prozent an, gegenüber 1937 sogar um 95 Prozent. Nach einer kurzen Unterbrechung 1945/46 haben die USA die industrielle Expansion der Kriegszeit wiederaufgenommen, nicht zuletzt, um die Güter und Leistungen für den Wiederaufbau Europas und die Erschließung unterentwickelter Territorien zur Verfügung stellen zu können.

Mit dem Tempo der industriellen Produktion konnte die Rohstoffproduktion nicht Schritt halten. Der Wiederaufbau der zum Teil durch den Krieg schwer geschädigten Rohstoffgebiete — zum Beispiel in Malaya und Indonesien (Kautschuk, Zinn u. a.) — verzögerte sich erheblich durch den Mangel an Kapital, das die Industrieländer selbst dringend benötigten. Indessen waren trotz aller Schwierigkeiten die Kriegsschäden in den wichtigen Rohstoffländern Ende 1949 einigermaßen behoben. Die Erzeugungsziffern stiegen an, während man andererseits eine Verringerung des Bedarfes erwarten konnte, nachdem der erste Rohstoffhunger der Nachkriegsjahre gestillt war und der industrielle Wiederaufbau in Westeuropa gute Fortschritte machte.

Kein baldiger Ausgleich zwischen Produktion und Bedarf

Trotzdem hat sich die damals zweifellos berechtigte Erwartung eines baldigen Ausgleichs von Rohstoffproduktion und Rohstoffbedarf nicht erfüllt. Durch den Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 wurde diese Hoffnung zerstört. Die Bedrohung des Weltfriedens zwang die Westmächte zu einer Aufrüstung großen Stils. Die Regierungen stürzten sich auf die verfügbaren Rohstoffe, um „strategische“ Vorräte anzulegen. Dabei fragte man vielfach gar nicht mehr nach den Preisen. Die „koreanische Hausse“ — der enorme Auftrieb der Rohstoffpreise — war die Folge. Durch die spekulativen Vorratskäufe wurde die Nachfrage beispiellos übersteigert. Der Höhepunkt in dem Wettlauf um die Rohstoffe wurde Anfang Februar 1951 erreicht. Die Rohstoffpreise erzielten einen Höchststand seit Kriegsende. Der USA-Index von Moody schnellte am 5. Februar auf 535,2, der englische Index von Reuter auf 612,8 hinauf (1913 gleich 100). Inzwischen hat sich die Lage als Folge der Maßnahmen gegen die übersteigerte Ausnutzung der Korea-Konjunktur und vor allem der Drosselung der strategischen Vorratskäufe in den USA etwas beruhigt. Moodys Stapelwaren-Index stand am 31. Dezember 1951 auf 458,8. Die Rohstoffe bleiben knapp und teuer. Die Aufrüstung geht weiter. Die europäischen Länder müssen wesentlich höhere Preise für die importierten Rohstoffe bezahlen, während die Preise für die von ihnen exportierten Waren damit nicht Schritt halten. Die Rohstoffproduktion bleibt weiter hinter der Industrieproduktion zurück, zumal die Aufrüstung die Befriedigung der Investitionsbedürfnisse der Rohstoffländer noch schwieriger gemacht hat.

Mit anderen Worten: Der Rückgang der Rohstoffpreise nach dem Ende der koreanischen Hausse darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß wir es nicht mit einer vorübergehenden Mangelkrise zu tun haben, die über Nacht wieder in ihr Gegenteil verkehrt werden kann.

Im sehr deutlichen Unterschied zu der Lage zwischen den beiden Kriegen stehen wir heute vor der Tatsache einer scharfen Spannung zwischen Rohstoffbedarf und Rohstoffproduktion, die bei der für viele Rohstoffe gegebenen Unmöglichkeit, kurzfristig der Bedarfssteigerung durch eine Produktionserhöhung zu folgen, nur allmählich eine Abschwächung erfahren kann. Neue Plantagen werden erst nach einer Wachstumsperiode von Jahren ergiebig. Die Modernisierung der Bergwerke, die für eine Steigerung der Kohलगewinnung notwendig ist, kann sich erst nach geraumer Zeit auswirken. Neue Schächte können nicht in Jahresfrist errichtet werden. Bei diesen und jenen Rohstoffen werden sich deshalb in der Welt vorläufig immer wieder Engpässe bilden.

Langfristige Planung ist notwendig

Die Expansion der Erzeugung, die dringend notwendig ist, ist eine Frage der langfristigen Planung. Dazu kommt, daß die Kriegszerstörungen, z. B. im Rohstoffraum Südostasien, noch immer nicht voll ausgeglichen sind. Indonesien etwa bleibt in der Erzeugung zahlreicher Rohstoffe noch weit hinter seiner Vorkriegsleistung zurück.

Der gewaltige Rohstoffbedarf während des letzten Krieges konnte zum Teil nur durch rücksichtslosen Raubbau befriedigt werden. Gewisse Mineralvorkommen sind dadurch dem Zeitpunkt der Erschöpfung erheblich nähergerückt. Hinsichtlich der Versorgung der Welt mit NE-Metallen (Nichteisenmetallen), wie

Kupfer, Zink, Blei und einigen Legierungsmetallen, ist in absehbarer Zeit keine völlige Entspannung zu erwarten. Zweifellos verfügt das bisher führende Eisenerzrevier am Oberen See in den USA nur noch über sehr beschränkte Vorräte der ersten Reihe. Andererseits ist es durchaus noch ungewiß, ob die neuen Erzreviere, deren Erschließung begonnen hat, einen vollgültigen Ersatz werden bieten können.

Neue große Entdeckungen von Rohstoffvorkommen, wie wir sie zwischen den beiden Kriegen erlebten, sind nicht in Sicht, obwohl man natürlich immer noch mit Überraschungen rechnen kann. Indessen läßt sich auf der Spekulation, daß man bald wieder einmal z. B. auf ein Olivorkommen von der gewaltigen Ausdehnung des arabischen stoßen wird, heute und hier keine positive Rohstoffpolitik aufbauen.

Andererseits hat auf der Seite des Bedarfs schon die Politik der Vollbeschäftigung den Normalverbrauch gegenüber der Zwischenkriegszeit, in der zeitweise große Arbeitslosigkeit herrschte, in die Höhe getrieben.

In den klassischen Rohstoffländern hat die systematische Abkehr von der Rohstoffmonokultur — das heißt: einer einseitigen Ausrichtung der Volkswirtschaft auf die Erzeugung eines oder weniger Rohstoffe — große Fortschritte gemacht. Die wirtschaftlichen und politischen Gefahren der Monokulturen sind überall erkannt worden. Mit dem Ergebnis, daß die klassischen Rohstoffländer in wachsendem Maß dazu übergegangen sind, einen Teil ihrer Rohstoffproduktion für den Aufbau eigener Industrien zu verwenden. Die staatliche Verseibständigung ehemaliger Kolonialterritorien hat dieser Entwicklung einen starken Auftrieb gegeben. Im Zuge der Erschließung der unterentwickelten Gebiete der Erde wird der Rohstoffbedarf der Welt weiter zunehmen. Erhöhter Lebensstandard heißt zunächst einmal: erhöhter Rohstoffverbrauch. So hat die rapide Steigerung des Lebensstandards wesentlich dazu beigetragen, daß die USA aus einem Überschußland für Erdöl zu einem Zuschußgebiet geworden sind. Die Mechanisierung der modernen Kriegführung schließlich hat die Rüstungsproduktion zu einem unersättlichen Rohstoff-Fresser gemacht.

Eine positive Rohstoffpolitik kann vor dem Mißverhältnis zwischen Bedarf und Produktion nicht die Augen verschließen. Sie muß systematisch und auf lange Sicht versuchen, dieses Mißverhältnis durch eine Steigerung der Produktion zu verringern, um ein neues Gleichgewicht zu erreichen.

Internationale Integrationsorgane sind in der Rohstoffwirtschaft der Welt dringend notwendig, damit nicht die Zahlungskraft der Interessenten, sondern der tatsächliche dringende Bedarf die Verteilung der knappen Rohstoffe bestimmt. Alle Monopolisierungsversuche, ob sie nun von der Produktion oder vom Bedarf ausgehen, müssen im Keim erstickt werden.

Los von der Monopolpolitik!

Den katastrophalen Auswirkungen der Monopolpolitik in der Rohstoffwirtschaft ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die International Materials Conference (IMC), die auf dem Höhepunkt der koreanischen Hausse im Februar 1951 gebildet wurde, war ein bedeutsamer Anfang in dieser Richtung. Hier zeigten sich hoffnungsvolle Ansätze für eine planmäßige internationale Rohstoffbewirtschaftung. Ohne große Publizität war ein Experiment internationaler Zusammenarbeit außerhalb der sowjetischen Machtsphäre in Gang gekommen, das durchaus erfolgreich verlief und die Chance eröffnete, eine Wende in der Rohstoffpolitik herbeizuführen. Leider ist diese Chance nicht genutzt worden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1952 wurden einige Rohstoffausschüsse

sogar wieder aufgelöst. Man konnte sich offenbar nicht entschließen, über die kurzfristig gestellten Verteilungsaufgaben hinaus auch die langfristigen Versorgungsprobleme, die dringender denn je der Aufmerksamkeit bedürfen, in Angriff zu nehmen.

Der Geltungsbereich der Internationalen Rohstoffkonferenz erstreckt sich über ein Gebiet, das größer ist als die ECA oder das NATO-Territorium, das heißt: das Gebiet der Marshallplan-Länder oder der im Nordatlantikkpakt zusammengeschlossenen Länder. (ECA = European Cooperation Administration = Verwaltung für Europäische Zusammenarbeit, die Marshallplan-Verwaltung; NATO = North Atlantic Treaty Organization = Nordatlantikkpakt-Organisation.) Die Initianten der Konferenz — Großbritannien, Frankreich und die USA — hatten sich von vornherein gehütet, nationale Empfindlichkeiten durch komplizierte Verträge zu strapazieren, und auf den guten Willen zur Zusammenarbeit, auf die Bereitschaft zum „Teamwork“, nicht aber auf vertragliche Vereinbarungen vertraut. Der „Economist“ verglich die Internationale Rohstoffkonferenz mit dem Britischen Commonwealth, das sich ebenfalls mit einem Mindestmaß von Organisationsapparat begnügt. 28 Nationen mit ihren Kolonialterritorien schlossen sich in der Konferenz mit dem Ziel zusammen, die knappen Rohstoffe gerecht zu verteilen. Zu der zentralen Gruppe der IMC gehören die USA, Großbritannien, Australien, Kanada, Indien, Brasilien, Frankreich, Italien sowie Vertreter der OEEC (Organization for European Economic Cooperation = Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) und der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS). Die Mitglieder des westlichen Triumvirats — Großbritannien, USA und Frankreich — sind auch an jedem der sieben Rohstoff-Ausschüsse beteiligt: 1. Kupfer, Blei, Zink; 2. Schwefel; 3. Baumwolle; 4. Wolfram und Molybdän; 5. Mangan, Nickel, Kobalt; 6. Wolle; 7. Zellstoff und Papier. Elf bis sechzehn Länder, die etwa 80 bis 90 Prozent der Weltproduktion und des Weltbedarfs für den betreffenden Rohstoff repräsentieren, arbeiten in den einzelnen Rohstoffausschüssen zusammen. Die Ausschüsse sind klein genug, um schnelle Entschlüsse fassen zu können, die als Empfehlungen den Regierungen unterbreitet werden. Diese Empfehlungen beziehen sich nach der offiziellen Vereinbarung auf die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, „um die Produktion zu steigern, die Versorgung zu sichern und die wirksamste Verteilung der verfügbaren Produktion unter den Verbrauchsländern zu sichern“.

Rüstung hat noch Vorrang

Deutschland ist zwar nicht Mitglied der Zentralgruppe, gehört aber jedem Rohstoffausschuß als Mitglied an. Die Ausschüsse prüfen die laufenden Anforderungen und Produktionsergebnisse für den betreffenden Rohstoff und empfehlen — im allgemeinen für das nächste Vierteljahr — eine entsprechende Zuteilung an die einzelnen Verbrauchsländer nach Maßgabe der Dringlichkeit. Im Fall von Baumwolle und Blei hat man auf eine autoritative Zuteilung verzichtet, da die verfügbare Produktion vorläufig ausreicht, um den Bedarf auf normalem Wege zu sichern. Im Fall von Kupfer, Zink, Schwefel, Wolfram, Kobalt, Nickel, Molybdän und Zeitungspapier sind dagegen Zuteilungen entsprechend dem dringendsten Bedarf erfolgt. Bei den anderen Rohstoffen, die der Bewirtschaftung durch die IMC unterliegen, ist dafür Sorge getragen worden, daß die Anforderungen der Rüstungsindustrie den Vorrang erhalten.

Beispiel Schwefel: Im Oktober 1950 erklärten die USA, daß sie ihre Exporte an Schwefel, die bisher 95 Prozent des Weltexports ausmachten, drastisch verringern müßten. Als Mitarbeiter des Schwefel-

Ausschusses fanden sie sich bereit, ihre Schwefel-
ausfuhr wieder zu erhöhen, solange die Schwefel-
produktion in anderen Ländern sich auf dem bis-
herigen niedrigen Stand hält.

Beispiel Wolfram: In diesem Fall hatten die Produ-
zenten sich bereit erklärt, nicht mehr als 65 Dollar
je short ton (907,184 kg) zu verlangen, während die
Importeure zusagten, nicht weniger als 55 Dollar je
short ton zu zahlen. Damit war der Weg zu einer
weitgehenden Stabilisierung des Marktes gewiesen.
Der Wolfram-Ausschuß empfahl, daß diese Abrede
vier Jahre gelten solle.

Das war ein großer Erfolg im Hinblick auf eine
dauerhafte internationale Zusammenarbeit in der
Rohstoffwirtschaft. Mit der Bereitschaft der Roh-
stoffverbraucher, den Rohstoffproduzenten für eine
längere Periode Garantien für einen Absatz ihrer
Erzeugnisse zu angemessenen Preisen zu bieten,
wächst die Chance für einen Ausgleich der heute
noch sehr empfindlichen Spannung zwischen Roh-
stoffproduktion und Rohstoffbedarf in der westlichen
Welt. Jedenfalls hat die im Rahmen der IMC be-
gonnene planmäßige internationale Rohstoffbewirt-
schaftung die Aussicht erhöht, daß der kurzfristige
Rohstoffmangel in absehbarer Zeit überwunden wer-
den kann.

Die Rohstoffe der Erde gehören allen!

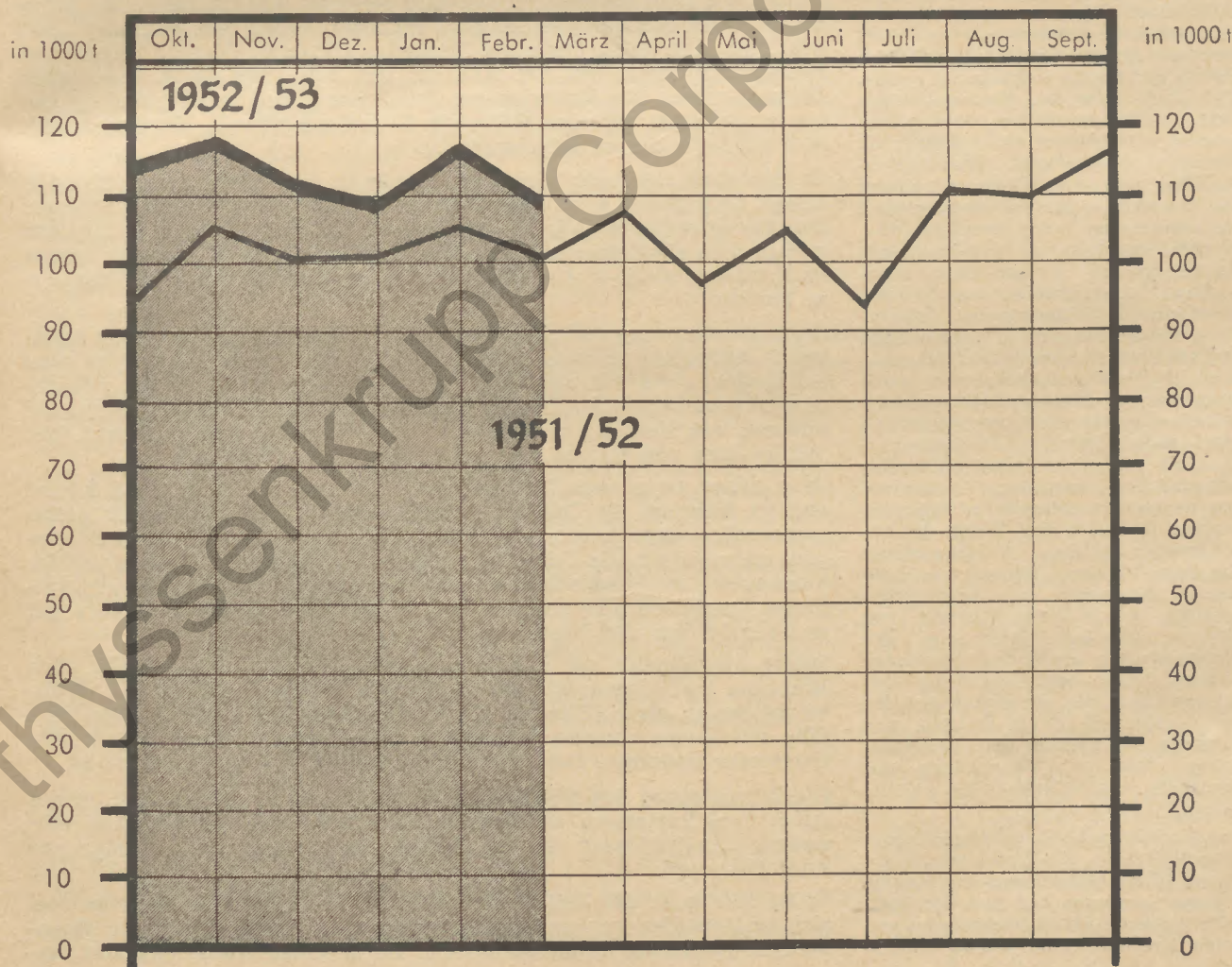
Es gilt nur, sie gerecht zu verteilen und planmäßig
an die Stellen des dringendsten Bedarfs zu lenken.

Die Rohstoffkonferenz wird diese Aufgabe erfüllen
können, wenn sie zu einer übernationalen Autorität
ausgebaut wird, aber dabei geschmeidig bleibt und
die nationalen Bedürfnisse respektiert.

Für Westeuropa kann der Schumanplan auf einem
Teilgebiet dafür Sorge tragen, daß die Rohstoffpolitik
nicht von dem Vorrang des nackten Besitzes, nicht
von dem machtpolitischen Mißbrauch der Zufälligkeit
des eigenen Rohstoffreichtums bestimmt wird, son-
dern von dem Bedarf der 150 Millionen Menschen
dieses Raumes. Das Ziel muß eine arbeitsteilige Roh-
stoffwirtschaft sein, in der die einzelnen Glieder
bestimmte Funktionen im Dienste des Ganzen und
in Richtung auf das Ganze ausüben. Die Sperren, die
einen wirklichen Blutkreislauf in der internationalen
Rohstoffwirtschaft verhindern, müssen endlich fallen.

Vielleicht liegen die Gründe für die geringen Fort-
schritte in der europäischen Zusammenarbeit einfach
darin, daß Europa nicht mehr ausreicht, um eine
eigenständige Kraft zu entwickeln, zumal Groß-
britannien sich in erster Linie seiner internationalen
Commonwealth-Gemeinschaft verpflichtet weiß. Viel-
leicht sind bei einer Zusammenarbeit zwischen
Europa (einschließlich des Britischen Commonwealth)
und Amerika schneller Erfolge zu erzielen. Die bis-
herigen Ergebnisse der Internationalen Rohstoff-
Konferenz bezeugen jedenfalls, daß eine internatio-
nale Zusammenarbeit der gesamten westlichen Welt
sehr wohl möglich ist.

Unsere Rohstahlerzeugung



Ein Gerichtsschreiber erhält eine Medaille

Im März 1878 sprach Lowthian Bell in der Frühjahrsversammlung des Iron and Steel Institute über die Abscheidung des Phosphors. Am Schluß der Besprechung, die sich an diesen Vortrag knüpfte, erhob sich Sidney G. Thomas und erklärte, daß es ihm gelungen sei, den Phosphor in der Bessemerbirne ganz zu entfernen. „Natürlich wird diese Behauptung ein ablehnendes Lächeln erwecken, und die Herren werden mir kaum glauben, aber ich habe die Ergebnisse von hunderten und hunderten Analysen von Herrn Gildchrist. Dieser hat die Versuche fast alle geleitet, bei denen wir mit kleineren Mengen von sechs Pfund bis zu zehn Zentner aufwärts gearbeitet haben. Die Ergebnisse entsprechen alle der Theorie, von der ich ausgegangen bin. Sie zeigen, daß im ungünstigsten Falle 20 % des Phosphors entfernt wurden und im günstigsten 99,9 %. Wir hoffen, daß wir jetzt die technischen Schwierigkeiten überwunden haben, die bisher im Wege standen.“

Niemand verlachte und niemand beglückwünschte den Erfinder. Die Versammlung beachtete ihn einfach nicht. Ihr mißfiel das Auftreten des unbekannten jungen Mannes, der sich zwar in seinen Mußestunden mit Physik und Chemie beschäftigen sollte, sonst aber Gehilfe bei einem Anwalt, auch gelegentlich Schreiber auf einem der Polizeigerichte Londons war und jetzt eine von den Fachleuten für unlösbar gehaltene Aufgabe gelöst haben wollte. Und doch! Was die Neunmalweisen nicht wahrhaben wollten, war gelungen: der Gerichtsschreiber Sidney G. Thomas und sein Vetter, der Hüttenchemiker Percy E. Gildchrist, hatten das Bessemerverfahren entscheidend verbessert. Die von Bessemer verwandte feuerfeste Ausfütterung des Konverters mit einem kiesel säure-reichen Futter wurde von Thomas durch eine Ausfütterung mit Kalk ersetzt, den er zunächst mit Wasserglas und später mit wasserfreiem Teer einband. Durch dieses basische Dolomitfutter war die Entphosphorung sichergestellt, und der alte Bessemer verlieh dem jungen Erfinder die Bessemer-Medaille als höchste Auszeichnung des Iron and Steel Institute. Die Leistungen der beiden Männer wirkten zusammen, um nach dem Ersatz der unvollkommenen Düse im Frischfeuer vor dem kleinen Tümpel von Roheisen, vermengt mit oxydreicher Schlacke, durch eine Vielzahl von Düsen nach der Steigerung der Wärmeleistung durch das Anwenden höherer Drücke befriedigend die Aufgabe zu lösen, den sprunghaft steigenden Stahlbedarf durch Frischen von Roheisen zu decken und phosphorhaltige Erze zur Verwendung des Phosphors als Wärmequelle zu benutzen.

Das Verfahren blieb im wesentlichen unverändert. In die Birne wurde bei waagerechter Füllstellung das flüssige Roheisen gegossen und nach der Rückkehr zur senkrechten Blasstellung von unten her der Wind kräftig hinein-

Eisen bewegt die Welt

Die Geschichte des Menschengeschlechts ist ohne Eisen nicht denkbar. Eisen war dem Menschen schon in vorgeschichtlicher Zeit bekannt. Mit Eisen in der Hand tritt er in die uns überschaubare Welt. Eisen fassen auch wir, wo wir gehen und stehen, an. Mit Eisen werken wir. Eisen erhält uns, weil es als Bestandteil unseres Blutes für den Organismus des Körpers unentbehrlich ist. Eisen umgibt uns. Eisen trägt und bewegt uns. Eisen ist überall.

Niemand kann uns aber sagen, wer es entdeckt, zum ersten Male verwendet oder dargestellt hat. Sagen aller Völker erzählen zwar davon, aber ihre Erzählungen verlieren sich im Geheimnis der Vorzeit.

Das Eisen kommt vom Himmel und tritt auf der Erde zutage. Eisen, das vom Himmel kommt, wenn Meteore niedergehen, ist jedoch selten und schwer verwendbar für den menschlichen Gebrauch. Das Eisen, das uns die Erde darbietet, muß erst gewonnen werden, und dazu ist ein komplizierter Prozeß notwendig, der langsam erworbene Kenntnisse und Erkenntnisse voraussetzt. So wird denn auch nach der Sage der Urzustand der Menschheit erst durch die Kunst der Gewinnung und Verwertung von Eisen durchbrochen — sie tritt in ihre Kultur-epoche ein.

Das bestimmt den fernerer Verlauf ihres Schicksals. Seitdem ist die Menschheit dem Eisen verhaftet, und was sie aus ihm und mit ihm macht, schlägt im Guten und Bösen auf sie zurück. Es sind Werke des Friedens und Werke des Krieges, des Aufbaues und der Vernichtung. Das Eisen wurde zu allen Zeiten gesegnet und verflucht. Pflugschar und Schwert sind seine Symbole. Zwischen ihnen bewegt sich die Geschichte des Eisens und mit ihr die Geschichte der Menschheit hin und her.

Da ist der Pflug, der ursprünglich nur aus Holz bestand, dann seinen Eisenbeschlag erhielt und schließlich ganz aus Eisen hergestellt wurde. Erst von diesem Augenblick an ist ein dauerhaftes und widerstandsfähiges Werkzeug vorhanden, das mit seiner Schneide den Boden aufreißen, die Erde hochwerfen und ihre Schollen lockern kann. Der Pflug ist auf dem Amboß geschmiedet, Hämmer haben ihn gerichtet und geschärft. Den Pflug begleiten Schneidewerkzeuge: Messer, Sichel und Sense. Ihm voran geht die Axt, die ihm den Weg durch bewaldetes Urland bahnt. Die Kultivierung des Bodens und seine ständige Betreuung werden auf eine bleibende Grundlage gestellt. Eisen vermählt sich der Erde, der es entnommen ist.

Es gibt noch viel mehr Dinge, die bereits in weit hinter uns reichenden Zeiten vorgebildet sind. Dazu gehört der Kompaßwagen der Chinesen, den das kaiserliche Gefolge um 2000 v. Chr. auf Landreisen benutzte und in dem ein Zeiger in Form einer Hand aufgehängt war, der immer nach Süden wies — die Magnetonadel als Richtweiser lange vor uns in Funktion!

Aber das sind ausgefallene Dinge, die nebenher gehen und keine allgemeine Bedeutung haben. Anders ist es mit den Eisenbereitern und Schmieden, die durch Jahrtausende ständig ihre rußige Arbeit verrichten. Während die einen in den Bergen und Wäldern hausen, ziehen die anderen von Siedlung zu Siedlung. Die Schmiede haben bald auch ihre Werkstätten und steigen zu immer höherem Ansehen auf.

Dazu haben zwar auch die eisernen Ringe, die aus ihrer Hand kamen und im Altertum als Zeichen der Mannbarkeit und Mündigkeit getragen wurden, dazu haben auch kunstvolle Geräte und Werke beigetragen, mehr jedoch die Schwerter, die sie schmiedeten. Wieland ist der Stammvater der Schmiede in unsrem Sagenkreis. Sein Stahlhärtungsverfahren beruht auf dem gleichen Prinzip, das heute noch, wenn auch mit anderen Mitteln und Methoden, Gültigkeit hat.

Sparta überflügelte mit dem Stahl Lazedämoniens Athen. Selbst eine Währung war Eisengeld. Rom wuchs aus einem Stadtstaat zur Weltmacht empor, als es Eisen in die Hand bekam und nicht nur die Insel Elba mit ihrem verschwenderischen „Eisenglanz“, sondern auch die Bergwerke Spaniens, Galliens, der Steiermark und Kärntens besaß.

Die Ritterrüstung des Mittelalters ist aus Eisen. Es ist die Zeit, in der außer den Rüstungen prachtfülle Eisengitter und Torbeschläge entstehen, alte Schlösser, die an Präzisionsarbeit und Formgepräge unerreichtbar sind.

Es ist aber auch die Zeit, in der die ersten Stücköfen entstanden und sich zu Hochöfen emporzurecken begannen — Gebläseöfen, die Eisen-erz mit gepreßtem Wind schmolzen. Da geschah etwas, das von um-

wälzender Bedeutung für die ganze weitere Kulturentwicklung werden sollte: Eisen floß flüssig ab, während es früher nur in Klumpen gewonnen werden konnte.

Die Roheisenerzeugung hatte begonnen und mit ihr das indirekte Verfahren der Herstellung von Eisen und Stahl. Die Waldfeuer erloschen, maschinelle Energien traten an ihre Stelle, und Eisen wird gießbar.

Dann stößt die Steinkohle zum Eisen. Aus Steinkohle wird Koks gewonnen. Das Puddelverfahren des Henry Cort beschließt den 200-jährigen Weg bis dahin, der versunkene und vergessene Marksteine des Erkennens und Entdeckens aufweist und reich an Irrtümern und wieder verlöschenden Erleuchtungen ist. England wird zum „Block von Kohle auf einem Sockel von Eisen“. Seine weltbeherrschende Stellung wird technisch untermauert. Die Dampfmaschine des James Watt setzt die industrielle Revolution in Gang, die die Welt von Grund auf erschüttert und auch in unseren Tagen noch unvermindert andauert.

Die Schwerindustrie entwickelt sich und konzentriert sich da, wo wir sie seitdem finden. Das Eisen läuft der Kohle und den Verkehrsknotenpunkten nach. Unbegrenzte Massenproduktion läßt dichtgedrängte Fabrikstädte entstehen. Die Menschen sind hinter den treibenden Kolben her, die die Räder und Hämmer beflügeln, die Kohle und Erz ununterbrochen aus der Tiefe heben und sie immer schneller über die Erde tragen.

Eisen und immer wieder Eisen schlucken die Fabriken ein und speien es in allen Formen und Gestalten wieder aus. Die politischen und sozialen Erschütterungen des alten Kontinents nehmen kein Ende. Uralte staatliche Einrichtungen und Verfassungen werden unterhöhlt und zum Einsturz gebracht. Mächte treten hervor, die bis dahin unbekannte vielfache Energien entfalten.

Die Verfahrensverbesserungen in der Eisen- und Stahlbereitung, die sich im 19. Jahrhundert jagen, kommen zwar hauptsächlich aus England, sie kommen aber anderen Ländern ebenso oder noch stärker zugute wie das Thomas- oder das Bessemer-Verfahren.

Das Eisen hetzt hinter der Menschheit her. Es nennt sich meist Stahl, weil es immer dichter, fester, dehnbarer wird. Hängebrücken von ungeheurer Spannweite und Wolkenkratzer, die in Eisengerüsten ruhen, Uhrfedern und Stahlmöbel, Eisenbahnlokomotiven und Eisenbahnwagen, Stahlschienen, auf denen sie rollen, Stahlschiffe, Motoren und Karosserien, Türme und Masten, Stahlbehälter, in denen Benzin aus Kohle gewonnen und künstlicher Gummi hergestellt werden kann, Rotationsmaschinen, durch welche die Millionenaufgaben der Zeitungen laufen, das alles gehört zu dieser neuen Welt aus Stahl.

Immer und überall ist das Eisen an der Arbeit. Eisen ist Arbeit und nur Arbeit, denn sein Werdegang ist ein Arbeitsprozeß, der nie aufhört, sondern stets und ununterbrochen von vorn begonnen werden muß. Die schwerste Arbeit, die menschliche Hände verrichten, wird am Eisen und seiner Schwester, der Kohle, geleistet. Sie ist nicht nur schwer, sondern auch gefährvoll.

Werden doch in den Kohlengruben vergrabene Wälder wieder gehoben, während in den Erzgruben verkrustete Elementarbestandteile des ganzen Sonnensystems zutage gefördert werden müssen. Wir entreißen der Schöpfung, was in ihren Schoß zurückgesunken oder noch nicht aus ihm gehoben worden ist.

Der Mensch ist ruhelos hinter dem Eisen her. Aus Eisen war der Schlüssel, mit dem er sich seine Welt, die Welt der Kultur, aufschloß, mit Eisen hat er sich seinen Weg durch die Geschichte gebahnt, an Eisen hat er sich zu seiner beherrschenden Stellung in der Natur emporgeschwungen, von einem Gerüst von Eisen und Stahl ist das Leben umkleidet, das wir heute führen.

In Eisen denken heißt aber nicht, eine Epoche gegen die andere abschließen — denn Eisen zieht sich bestimmend durch alle Kulturepochen —, sondern sie ineinander überführen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft rücken zu einem Weltalter zusammen, das aller Grenzen spottet und die Menschheit in Zeit und Raum zusammenbahnt.

E. Sch.

geblasen. Durch die Sauerstoffzufuhr verbrannte bei dem siliziumreichen, phosphorarmen Bessemer-Einsatz zunächst das Silizium und erhöhte die Badtemperatur von 1500 Grad bei der Verbrennung von je 1 % dieses Bestandteils um 190 Grad. Mangan, Eisen und Kohlenstoff folgten unter geringeren Temperaturerhöhungen. Beim Thomasverfahren, das von einem siliziumarmen, phosphorreichen Roheisen ausgeht und vor dem Einkippen des Roheisens zur Bindung der Phosphorsäure 12 bis 18 % des Gesamteinhalts an gebranntem Kalk in die Birne einbringt, bildet der Phosphor den eigentlichen Heizstoff. Mit der Verbrennung von je 1 % steigert sich die Temperatur um etwa 120 Grad, und da sie nach der des Kohlenstoffs im Nachblasen eintritt, liegt die Höchsttemperatur des Bades erwünschtermaßen am Ende des Blasens. In beiden Frischvorgängen erfolgt die Scheidung des Eisens von seinen Begleitern unter einem gewaltigen Lärm, der sich von einem gurgelnden Geräusch zu einem donnernden Getöse steigert, wobei beim Verbrennen des Kohlenstoffs eine lange leuchtende Flamme entsteht und unter dem Brüllen der Elemente Schlackenpartikeln und Eisenspritzer aus dem Birnenhals herausgeschleudert werden. Sorgsam überwacht der Stahlwerker das Frischen. Die Farbe der Flamme, die aus dem Konverter schießt, zeigt ihm, gleich dem Auftreten und Verschwinden bestimmter Spektrallinien im Spektroskop, wie weit der Umwandlungsprozeß fortgeschritten ist, und nach beendetem Frischen lehrt die Schöpf- und Schmiedeprobe, ob das gewollte Ergebnis erreicht wurde. Deutet das grobkörnige Gefüge der Bruchfläche auf einen zu hohen Phosphorgehalt, so wird das Blasen noch eine Zeitlang fortgesetzt. Nach dem Abgießen der Schlacke aus der umgelegten Birne erfolgt dann das Rückkohlern durch einen Zusatz von Ferromangan, das dem Stahl nach der völligen Entkohlung den gewünschten Kohlenstoffgehalt gibt, ihn durch das Mangan härtet und das Stahlbad durch die Zerstörung des Eisenoxyduls desoxydiert. Gerade das ist wichtig, denn das Eisenoxydul macht den Stahl in der Hitze spröde, und diese Rotbrüchigkeit erschwert die Verarbeitung oder macht sie gar unmöglich. Höhergekohlter Stahl wird durch besondere Rückkohlungsverfahren oder durch den Zusatz von geschmolzenem Spiegeleisen erzielt. Der Thomasstahl für Stab- und Profileisen, Schienen und Schwellen, Bleche und Brückenbaustoffe fließt aus der Birne in die Gießpfanne, aus der man ihn in gußeiserne Kokillen mit quadratischem oder rechteckigem Querschnitt zur Weiterverarbeitung im Walzwerk vergießt. Vom Hochofen geht das flüssige Roheisen durch den Roheisenmischer zum Konverter, von ihm in die Kokillen, die später durch Kranen von den Blöcken abgestreift werden, und in das Walzwerk: in einer Hitze vollendet sich der Herstellungsgang der schweren Eisenerzeugnisse. Die Thomasschlacke aber aus Kalk, Eisenoxiden und 12 bis 25 % Phosphorsäure wird zu Thomasmehl gemahlen und gibt der

Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz des materiellen Besitzes.

Aus der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen

*Wer das Recht
auf seiner Seite fühlt,
muß derb auftreten;
ein höfliches Recht
will gar nichts heißen.*

Goethe

Landwirtschaft ein phosphorhaltiges Düngemittel, das ebenso wie die Stickstoffdüngemittel aus der Koks-erzeugung ein wertvoller Ertrags-steigerer des deutschen Bodens und damit ein Helfer um die deutsche Nahrungsfreiheit ist.

Am 26. April 1879 unterzeichnete Direktor Josef Massenez vom Hoerder Verein und Direktor Gustav Pastor von den Rheinischen Stahlwerken den Vertrag mit den Erfindern, der die beiden Werke zu Generalagenten des neuen Verfahrens für Deutschland machte. (Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch trat im Jahre 1880 mit diesen beiden Werken in Verhandlung, die dann im Dezember 1883 zum Ankauf des Patentes gemeinsam mit dem Phönix [Hoerder Verein], der Dortmunder Union und der Gutehoffnungshütte führte.) Am 14. Dezember 1879 sprach Josef Massenez vor 240 Mitgliedern und Gästen des Technischen Vereins für Eisenhüttenwesen in Düsseldorf und teilte der gespannt lauschenden Zuhörerschaft mit, daß die Einführung des Thomasverfahrens auf deutschem Boden gelungen sei. Als wichtigsten Punkt stellte er die Tatsache heraus, daß beim Thomasverfahren der Phosphor die Rolle des Siliziums beim Besemerverfahren übernehme und daß die Verbrennung des Phosphors eine vorzügliche Wärmequelle für die notwendige Temperaturerhöhung des Metallbades bilde. Er legte auch eine Anzahl von Analysen vom Konverterfutter, von den in Hörde verwendeten Roheisensorten, den Zwischenerzeugnissen, dem fertigen Stahl und den Endschlacken aus drei verschiedenen Schmelzen vor, die die Vorgänge beim Thomasverfahren erläuterten. Der Phosphorgehalt des fertigen Stahls betrug 0,6 %; die Schlackenanalysen wiesen einen Gehalt an Phosphorsäure von 9,76 % bis 12,43 % auf; die Zugfestigkeit des erblasenen Stahls schwankte zwischen 50,1 und 54,3 kg/mm² bei 19,2 bis 22 % Dehnung. Massenez fand starke Zustimmung, als er mit dem zuversichtlichen Ausblick schloß, „daß dieser Prozeß eine große Zukunft hat und daß derselbe für die Entwicklung unserer deutschen Eisenindustrie von großer und hoffentlich für unser Vaterland von segensbringender Bedeutung sein wird.“ Bald hatte das Thomasverfahren sich in Deutschland so durchgesetzt, daß es dem Besemerverfahren den Rang ablief und 1887 bei einer Produktion von 490 000 t Bessemerstahl rund 1 Million t Thomasstahl erzeugt wurden.

W. R.

Wir skizzieren und glossieren

Es ist noch schwarz um die Kohle

—oi— Seit dem „historischen Datum“, dem 10. Februar 1953, an dem der gemeinsame Markt der Montanunion-Staaten für Kohle errichtet ist, häufen sich die Stimmen, die den Erfolg des gemeinsamen Marktes schlechthin bezweifeln. Man soll nicht zu pessimistisch sein, denn oftmals hat auch ein schneidiger Husarenritt Erfolg. Man soll sich vor allem aber hüten, einem rosenroten Optimismus zu verfallen. Dazu besteht kein Grund.

Was zunächst die Kohle betrifft, so sind jetzt schon die deutschen Interessen bei der Regelung der Marktpreise einschneidend berührt. Bekanntlich wurde der deutsche Inlandpreis für Kohle um 5,— DM auf durchschnittlich 60,— DM je Tonne erhöht, um den Inlandpreis dem Exportpreis anzugleichen. Bekanntlich ist auch nach dem Vertrag und den Überleitungsbestimmungen des Schumanplanes die Preisgestaltung für Kohle eine wichtige Aufgabe der Hohen Behörde. Es hat sich aber in den letzten Wochen gezeigt, daß bei unseren Vertragspartnern, insbesondere bei den Franzosen, die Tendenz besteht, statt der deutschen Preiserhöhung für die Inlandkohle eine Senkung unseres Exportpreises zu erreichen. Die deutschen Einwände hiergegen wurden der Hohen Behörde zugeleitet. Es ist zu erwarten, daß der Hohe Gerichtshof angerufen werden wird. Seine Entscheidung — ob zu unseren Gunsten oder Ungunsten — ist durchaus offen. Zunächst scheint es so, als ob die Preisregelungen noch nicht als endgültig angesehen werden können. Die Befürchtungen konnten auch durch einen Vortrag, den der Vizepräsident der Hohen Behörde, Franz Etzel, Ende Februar 1953 über Wesen und Problem des gemeinsamen Marktes in der Montanunion vor dem Rhein-Ruhr-Klub hielt, nicht hinweggeräumt werden. Möglicherweise, so kündigte er an, werde die Hohe Behörde Durchschnittspreise für bestimmte Kohlsorten festsetzen, um damit den Zechen bzw. Verkaufskontoren einen gewissen Spielraum bei der Preisbemessung zu belassen. Möglicherweise auch werde sie für eine Übergangszeit Höchstpreise für alle Arten und Sorten festsetzen, um dann recht bald zu einer größeren Freizügigkeit zu gelangen. Weshalb aber, so fragt man sich im deutschen Kohlenbergbau, will man nicht das elastischere System der Durchschnittspreise für Standardsorten wählen? Was die Frage der nationalen Kohleverkaufsorganisationen betrifft, so meint Etzel, daß grundsätzlich die durch den Fortfall der nationalen Grenzen aufgehobenen Handelsbeschränkungen nicht durch Vereinbarungen der Produzenten ersetzt werden dürften, doch würden gewisse Zusammenschlüsse wahrscheinlich weiterhin notwendig sein, soweit dadurch der Wettbewerb nicht verhindert werde. Hinsichtlich der Kohlenausfuhr in dritte Länder außerhalb der Montanunion deutete Etzel die Möglichkeit an, daß die Hohe Behörde in Zusammenarbeit mit den Zechenunternehmen und den nationalen Regierungen Hinweise für die Kohlenausfuhr wie auch für die Einfuhr aus dritten Ländern geben werde. Zu der sehr umstrittenen Frage, ob es am gemeinsamen Markt erlaubt ist, Lieferungen in andere Schumanplan-Länder steuerlich zu entlasten und Lieferungen aus anderen Unionsländern in das eigene Land steuerlich zu belasten, vertrat Etzel die bekannte deutsche Auffassung, wonach am gemeinsamen Markt für ein Produkt keine verschiedenen Preise durch Steuernachlässe bei der Ausfuhr und Steuerbelastungen bei der Einfuhr geschaffen werden dürften. Hierbei geht es aber im Grunde um nichts anderes als um eine Änderung und Angleichung der unterschiedlichen nationalen Steuersysteme.

Die Wahrscheinlichkeit, daß sich der Hohe Gerichtshof gerade mit diesem Problem wird beschäftigen müssen, erhellt daraus, daß fraglos erhebliche Schwierigkeiten auftreten werden, wenn der gemeinsame Markt auf den Stahlsektor und den Schrottverkehr ausgedehnt wird.

Bald geht es um Stahl und Schrott

Die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie hat bei der Hohen Behörde auf folgendes hingewiesen: Falls die französische Stahlindustrie beim Verkauf ihrer Erzeugnisse nach Deutschland die hohe französische Produktionssteuer von 16 Prozent in Abzug bringen dürfe, würde ihr ein gewaltiger Konkurrenzvorsprung gegeben werden, da bei unserer deutschen Stahlindustrie höchstens die Umsatzsteuer abgezogen werden kann. Auch Dr. Franz Grosse erklärte in Luxemburg: deutsche Erzeugnisse seien im Inland zu 34 Prozent des Verkaufswertes und die gleichen Produkte in Frankreich zu etwa 50 Prozent steuerlich belastet;

französischen Produkten im Bundesgebiet werde nur eine Belastung von 14 Prozent auferlegt, während sie im eigenen Land 25 Prozent beträgt. Diese diskriminierenden Exportsubventionen müßten möglichst rasch bereinigt werden, anderenfalls der französische Stahl in der Bundesrepublik billiger verkauft werden könne als der Ruhrstahl. Der Absatz deutschen Stahls nach Frankreich wäre dann schlechterdings unmöglich. Schon jetzt zeigten sich im Ruhrgebiet Tendenzen eines Produktionsrückgangs und steigender Arbeitslosigkeit, die auf Zurückhaltung der Produzenten auf Grund der unsicheren Situation zurückzuführen seien.

Dr. Joachim Schoene, Präsident des Verkehrsausschusses bei der Montanunion in Luxemburg, meint sogar: bei der Hohen Behörde machten sich starke Tendenzen kartellähnlicher Art bemerkbar, die an Rhein und Ruhr bereits zu Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen geführt hätten. Die Tendenz der Verlagerung von der Ruhr nach Lothringen im Rahmen des Schumanplanes werde immer stärker, und es sehe heute so aus, als werde das westdeutsche Eisengebiet in das Gebiet der Montanunion hineinintegriert, ohne daß dabei Berlin und die Ostzone berücksichtigt würden. Schoene vertrat den Standpunkt, daß nur das gesamtdeutsche Eisen- und Stahlgebiet in das Montanuniongebiet integriert werden könne.

Es sei auch bereits klageworden, daß das Ruhrgebiet auch in anderer Hinsicht benachteiligt werde. Von einer Gleichberechtigung sei keine Rede. Frankreich lasse keine Gelegenheit außer acht, um seiner Grundstoffindustrie weiter entscheidende Vorteile zu sichern. Die Deutsche Bundesbahn habe durch die „Tarifbereinigung“ einen Frachtenausfall von 20 Millionen DM zu tragen, während Belgien etwa 15 Millionen DM dadurch gewinne. Die Entwicklung der Montanunion sei außerordentlich bedenklich und werde mit dem Inkrafttreten des gemeinsamen Marktes für Stahl noch weitaus bedenklicher.

Bei Redaktionsschluß erfahren wir, daß der Ministerrat der Montanunion am 6. März dem Vorschlag der Hohen Behörde zugestimmt hat, den Termin für die Eröffnung des gemeinsamen Marktes für Stahl vom 10. April auf den 1. Mai zu verschieben. Bis zu diesem Zeitpunkt soll das strittige Steuerproblem gelöst und die endgültige Regelung dann einheitlich für Kohle und Stahl in Kraft gesetzt werden.

Auch die Schrottpreise werden in den verschiedenen Teilnehmerländern nach derart unterschiedlichen Preisgesetzen geregelt, daß es sehr schwer sein wird, hier einen gangbaren Mittelpreis zu finden; zur Zeit liegen die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Ländern bei 20 Dollar und mehr je Tonne. Gerade hier wird nach Errichtung des gemeinsamen Marktes mit sehr erheblichen Schwierigkeiten gerechnet.

In dieser aus deutscher Warte gesehenen Situation erhalten wir eine sehr interessante Zuschrift eines Londoner Korrespondenten, die besonders interessieren dürfte:

Abflauer Stahlbedarf? Ende des Stahlhungers!

So groß auch der Umfang des englischen Rüstungsprogramms ist, die Reduzierung der in seinem Rahmen sich ergebenden industriellen Produktion um 200 Mill. £, also um fast ein Drittel des Voranschlages, hat zu neuen Überlegungen über den Weltstahlbedarf geführt. Denn diese Strukturänderung des Rüstungsapparates, die moderne kriegstechnische Entwicklung mit dem steigenden Anteil an Flugzeugen, Radargeräten, Atombomben und dem sinkenden an eisenfressenden Schlachtschiffen und schwerer Artillerie, bleibt nicht auf England beschränkt, sondern sie bedeutet einen sinkenden Stahlverbrauch überhaupt.

Demgegenüber berechnet man hier die Zunahme der Stahlerzeugung in den großen stahlexportierenden Industrieländern in diesem Jahr auf etwa 30 Mill. Tonnen, davon etwa 3 bis 3,5 Millionen in den kontinental-europäischen Erzeugerländern, insbesondere, wenn die neuen August-Thyssen-Werke in Duisburg anlaufen. Die Bundesrepublik, so argumentiert man hier, die im vorigen Jahr den Stahllexport im Interesse des Binnenbedarfs reduziert hatte, will nun dieses Jahr die Stahlerzeugung um 2 Mill. steigern, die Hohe Behörde des Montanpaktes will 7 bis 10 Mill. Tonnen ausführen, und England will auch den vorjährigen Export von 2,6 Mill. Tonnen erhöhen und in der Gesamterzeugung auf etwa 18 Mill. Tonnen kommen. Auch von den USA sind stärkere Bemühungen um Exporte zu erwarten, die sich nach hier vorliegenden Nachrichten vor allem nach den lateinamerikanischen Märkten richten werden.

Wußten Sie schon . . .

. . . daß der westdeutsche Fußballtoto seit seinem Bestehen über eine Milliarde Mark umgesetzt hat, von der nur die Hälfte durch Gewinne wieder an die Wetter zurückgeflossen ist, während 22 % des Umsatzes der Staat an Steuern eingenommen hat, 15 % die Fußballtoto-Verwaltung verbraucht und nur 10 % dem Sport unmittelbar zugute gekommen sind?

. . . daß im Ruhrgebiet am 1. September 1952 nicht weniger als 230 000 Menschen mehr wohnten als zwei Jahre vorher und daß das Ruhrgebiet mit einer Einwohnerzahl von 4 265 000 Menschen das am dichtesten besiedelte Gebiet von ganz Europa ist, weil hier auf jedem Quadratkilometer im Durchschnitt 1412 Menschen wohnen?

. . . daß in Westdeutschland 950 Tageszeitungen mit einer Auflage von 14 Millionen Exemplaren erscheinen, daß 700 Tageszeitungen nur eine Auflage unter 10 000 Stück haben, während die illustrierten Zeitschriften eine Auflagenhöhe von etwa 6 Millionen Stück erreichen?

. . . daß Ende des vergangenen Jahres auf der ganzen Welt insgesamt 73,1 Millionen Kraftfahrzeuge, und zwar Personenkraftwagen, Omnibusse und Lastkraftwagen, liefen, davon 55,5 Millionen oder 75 % des Gesamtbestandes allein in den USA, 3,3 Millionen in England, 2,8 Millionen in Kanada, 2,6 Millionen in Frankreich, 1,8 Millionen in Rußland, 1,5 Millionen in Australien und 1,2 Millionen in Westdeutschland?

. . . daß allein in den letzten 5 Monaten des vergangenen Jahres 3,63 Milliarden Zigaretten, 18 000 t Kaffee und 890 t Tee nach Westdeutschland hereingeschuggelt worden sind, daß rund 3 Millionen Menschen als Händler oder Abnehmer daran beteiligt waren, daß jede zehnte Zigarette, die wir rauchen, und jede vierte Tasse Kaffee oder Tee, die wir trinken, Schmuggelgut sind, daß der Staat dadurch einen Steuerausfall von 700 Millionen Mark hat und daß dieser Betrag die Hälfte der Jahressumme für den Lastenausgleich und ebenfalls die Hälfte der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau darstellt?

. . . daß ein fünfjähriges Kind über einen Wortschatz von 1700 einzelnen Wörtern, ein ungelerner Arbeiter über 3000, ein Kaufmann über 10 000, ein literarisch Gebildeter über 12 000 und der Hauptschriftleiter einer großen Tageszeitung über 40 000 Wörter verfügt, während z. B. Shakespeare noch mit 24 000 Wörtern ausgekommen ist?

. . . daß in der Bundesrepublik u. a. 4 Millionen Invalidenrenten, 1,1 Millionen Renten der Angestelltenversicherung, 4,2 Millionen Renten an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, 0,8 Millionen Renten von der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge, 0,7 Millionen Renten der Unfallversicherung, also insgesamt 12 Millionen Einzelrenten ausbezahlt werden?

. . . daß die westdeutschen Großstädte so sprunghaft wachsen, daß 15 Städte

der Bundesrepublik seit 1945 die Großstadtgrenze von 100 000 Einwohnern überschritten haben, daß wir 1945 nur 33 Großstädte hatten, während es jetzt bereits 49 sind, daß in den letzten sieben Jahren 3,3 Millionen Menschen in die westdeutschen Großstädte zogen, daß jeder dritte oder vierte Einwohner Westdeutschlands heute in einer Großstadt wohnt und daß z. B. in Nordrhein-Westfalen auf jeweils neun Städter nur ein Landwirt kommt?

— Pdwtt. —

Von der Meinungsfreiheit

Von Bertrand Russell

Die Moskauer Orthodoxie ist viel durchdringender als die von Washington. Ein amerikanischer Erbbiologe kann von der Lehre Mendels halten, was er will; wenn man aber in Rußland als Biologe nicht mit Lysenko übereinstimmt, läuft man Gefahr, auf geheimnisvolle Weise zu verschwinden. In Amerika kann man getrost, wenn man sich dazu veranlaßt fühlt, ein kritisches Buch über Lincoln schreiben; in Rußland würde ein Buch, in dem Lenin kritisiert wird, nicht veröffentlicht und der Verfasser selbst liquidiert werden. Als amerikanischer Volkswirtschaftler kann man die Meinung vertreten, daß Amerika auf eine Depression zusteuert, oder auch das Gegenteil; in Rußland wagt kein Volkswirtschaftler zu bezweifeln, daß in Amerika die Depression vor der Tür steht. In Amerika kann ein Philosoph ein Idealist, ein Materialist, ein Pragmatist, ein Positivist sein oder was ihm sonst gefällt, er kann auf Kongressen mit Leuten diskutieren, die anderer Meinung sind, und die Hörer können sich ein Urteil darüber bilden, wer recht hat. Stalin zwar wußte jederzeit die Wahrheit über die Metaphysik, aber man darf nicht glauben, daß die Wahrheit in diesem Jahr so lautet wie im vergangenen. In einer solchen Welt muß das geistige Leben stagnieren, und selbst der technische Fortschritt muß zum Stillstand kommen.

Freiheit ist wichtig, nicht nur für die Intellektuellen, sondern für jeden. Da es in Rußland keine Freiheit gibt, hat die sowjetische Regierung ein größeres Maß wirtschaftlicher Ungleichheit schaffen können, als es in England oder Amerika besteht. Eine Oligarchie, die alle Mittel der öffentlichen Meinungsbildung kontrolliert, kann Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten begehen, die kaum möglich wären, wenn sie allgemein bekannt würden. Nur die Demokratie und die volle Öffentlichkeit des Staatslebens kann die Machthaber hindern, einen Sklavenstaat mit Luxus für wenige und Armut für viele aufzurichten, wie es die Sowjetregierung überall da getan hat, wo sie die absolute Herrschaft ausübt. Natürlich gibt es in der ganzen Welt wirtschaftliche Ungleichheit, aber unter einem demokratischen Regime wird sie allmählich schwächer, in einer Oligarchie dagegen stärker werden.

Eisen und Stahl bilden in England wie in den USA ein Import- und Exportgeschäft. Gegenüber der Einfuhr betrug der Ausfuhr-Überschuß lediglich 800 000 Tonnen — etwa 5 Prozent der Erzeugung.

Der allgemeine Rückgang der industriellen Erzeugung im Jahre 1952 und die neuerliche Revision des Rüstungsprogrammes, die bereits zur Unterbeschäftigung in manchen Werken führten, haben jedoch berechtigte Bedenken hervorgerufen, die sich über das Ende des jahrelangen Stahlhungers äußern. Aber noch liegen die englischen Stahlpreise erheblich unter denen der Montanunion und natürlich auch unter den amerikanischen. In englischen Produzentenkreisen hofft man, daß die Organisation der Hohen Behörde einen Zusammenbruch des gegenwärtigen Preissystems und den Rückfall in die Anarchie des „freien Konkurrenz“ verhindern wird.

Und was macht die Zollunion?

Hinsichtlich des von Holland ausgehenden Vorschlages, eine Zollunion unter den beteiligten Ländern zu bilden, sind sich Bundeskanzler und Außenminister Adenauer und Bundeswirtschaftsminister Erhard alles andere als einig. Während Erhard in abgeschwächt ablehnender Tendenz macht, hat Adenauer den Gedanken der europäischen Zollunion begrüßt, für den sich übrigens auch Staatssekretär a. D. Dr. Hans Posse deshalb einsetzt, weil für die Bundesrepublik die übrigen fünf Partner der Montanunion in ihrer Gesamtheit für Ein- und Verkauf weit aus den wichtigsten Markt darstellen.

„Dafür sind die folgenden Ziffern beweiskräftig: Im Jahre 1952 haben Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien und die Niederlande nach Westdeutschland für 3,4 Mrd. DM (20,7 Prozent der deutschen Gesamteinfuhr und 40,1 Prozent unserer Einfuhr aus Europa) Produkte geliefert und in umgekehrter Richtung für 4,5 Mrd. DM (26,9 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr und 38,3 Prozent unserer Ausfuhr nach Europa) Waren aus der Bundesrepublik empfangen...“

Jahrelangen fast verzweifelte Bemühungen Belgiens mit Luxemburg und Holland ist es bisher nicht gelungen, die erstrebte Beneluxunion auf die Beine zu stellen. Aber am Absatz in der Bundesrepublik und am Bezug aus ihr sind sie entscheidend interessiert. Auf die Versorgung mit Massenprodukten der technisch durchentwickelten deutschen Fabrikation können sie nicht verzichten, wenn sie den gehobenen Lebensstandard ihrer Bevölkerung bewahren wollen. Ihre Landwirtschaft ist vom Verkauf in Deutschland abhängig, und ihre großen Seehäfen und Umschlagplätze Antwerpen und Rotterdam als vielfach befruchtende Faktoren für die heimische Wirtschaft leben geradezu vom Güterverkehr nach, von und durch Deutschland...“

Es wird einem manchmal schwindlig vor der Fülle der Probleme. Aber: bleiben wir in ruhigem Optimismus.

Optimistisch ist ja auch die Grundtendenz des Monatsberichtes Januar der Bank deutscher Länder. Sie legt dar, daß der Verbrauch durch den Rückgang der Preise und durch Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie Heraufsetzung der Sozialrenten begünstigt werde und daher eine Stütze der Konjunkturentwicklung bedeuten würde.

Die Investitionsgüterindustrie hätte seit einem reichlichen halben Jahr konjunkturell kaum noch wesentliche Fortschritte gemacht. Der saisonale Rückgang im Investitionsgüterbereich wäre teilweise durch den Rückgang der Bauwirtschaft verursacht worden. Ein Ausgleich sei daher wieder zu erwarten. Die Lage für andere Investitionen wäre jedoch weniger günstig, da die Zeiten des gesteigerten Wiederaufbaues und der großen Gewinnmöglichkeiten vorbei seien. Trotzdem gäbe es keine Investitionsmüdigkeit. Wegen der verringerten Ertragschancen würden die Investitionskosten nur kritischer geprüft. Ihrer Senkung käme daher eine immer größere Bedeutung zu, wobei eine Herabsetzung des Kapitalzinses eine große Rolle spielen würde.

Das erste Kapitalmarktgesetz ließe eine günstige Entwicklung erwarten. An Stelle der kurzfristigen Kreditgewährung würde nun mehr und mehr die Wertpapierfinanzierung treten. Die nicht steuerbegünstigten Wertpapiere der Industrie seien im Absatz stark zurückgeblieben.

Um die internationale Wettbewerbslage der deutschen Industrie nicht zu gefährden, hält der Monatsbericht eine weitere Rationalisierung und daneben eine strenge Lohn- und Preisdiziplin für erforderlich. Er beurteilt aber die weltwirtschaftlichen Konjunkturaussichten günstig.

Versorgungsschwierigkeiten bei Kohle und Stahl wären nicht eingetreten, und die Produktion von Walzstahlerzeugnissen hielte sich weiter auf einem hohen Niveau. Auf dem Eisenmarkt wäre noch nicht für alle Sorten ein Ausgleich von Angebot und Anfrage eingetreten. Die Einfuhr würde in immer mehr Sorten das deutsche Preisniveau unterbieten.

Die Arbeitslosigkeit erreichte Mitte Januar 1953 1,87 Millionen, das sind 40 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitslosen habe sich damit von Mitte Dezember bis Mitte Januar 1953 um 841 700 gegenüber 571 200 im gleichen Zeitraum des Vorjahres erhöht. An der Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Monaten November und Dezember wären die Außenberufe mit 66 Prozent und die anderen saisonabhängigen Berufe mit weiteren 21 Prozent beteiligt gewesen. Die Zahl der Beschäftigten hätte Ende 1952 um 381 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte höher als Ende 1951 gelegen.

Die Preise wären weitgehend stabil, und die Lebenshaltungskosten seien Ende 1952 um 2 Prozent niedriger als Ende 1951 gewesen. Einen starken Rückgang hätten jedoch die Preise auf den Weltwarenmärkten erlitten, die, gemessen an Moody's-Index, um 11 Prozent nachgaben. Besonders waren davon die gewerblichen Rohstoffe betroffen.

Das ist schon manchmal keine optimistische Kommentierung mehr, das ist ja fast Propaganda!

Aber: die Propagandamaschine läuft

Trotz der vielerlei Wenn und Aber und trotz der starken Bedenken sind wir durchaus nicht pessimistisch. Jeder Gutmeinende wird gerne Hand anlegen, um die Aufgaben betrieblich, volkswirtschaftlich und weltwirtschaftlich zu meistern. Dazu bedarf es harter Arbeit. Dazu bedarf es auch einer gewissen Propagierung. Und gerade hier hat sich die Bundesregierung — die Wahlen sind in Sicht! — einiges vorgenommen. Im Haushaltsplan der Bundesregierung für das Rechnungsjahr 1953/54 wird der Personalaufwand des Bundespresseamtes von 2,6 auf 3,49 Mill. DM heraufgesetzt; die Zahl der Planstellen wird mehr als verdoppelt; der Haushaltsposten für „Veröffentlichungen der Bundesregierung“ wächst um fast 40 Prozent, und „zur Verfügung des Bundeskanzlers zur Förderung des Informationswesens“ ist ein Betrag von 4,5 Millionen DM ausgesetzt, dessen Nachprüfung nur dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes vorbehalten ist.

Uns wird also — mindestens vermittelt Druckerschwärze — noch manchmal schwarz werden vor den Augen. Oder sollte mancher rot sehen?



Füllen einer Thomasbirne

So kommt die Wahrheit in die Zeitung

Minja Grusinschaffsky, der Redakteur, sitzt in seiner Redaktion. Da kommt der Reporter Lazar Lazarowitsch Jegerev zu ihm:

„Genosse Redakteur, fünf Minuten von hier entfernt hat soeben eine Luxuslimousine den aktivistischen Kolchosenvorstand Iwan Iwanowitsch Krapotkin überfahren.“

„Danke, Genosse“, sagt der Redakteur, „und jetzt geh, bittschön, hinaus! Ich muß aus der Sache 'was machen.“ Und er schreibt:

Kapitalistische Umtriebe im Lande. Der Aktivist Iwan Iwanowitsch Krapotkin von Saboteur angefahren. Schwebt in Lebensgefahr. Wir fordern . . .

Da klingelt das Telefon. Es ist Lazar Lazarowitsch Jegerev, der etwas vergessen hat.

„Hör mal, Genosse, es ist wegen des Autounfalls. Es war ein ausländischer Wagen — und Iwan Iwanowitsch Krapotkin hat geblutet wie ein Schwein. Das hatte ich zu sagen vergessen.“

Der Redakteur brummt irgend etwas, legt den Hörer wieder auf, streicht durch, was er geschrieben hat, und beginnt von vorn:

Fahrlässigkeit oder vorbedachter Mord? Versagten an ausländischem Schundauto wirklich die Bremsen? Attentat auf proletarischen Übersoll-erfüller! Wie wir soeben erfahren . . .

In diesem Augenblick kommt der Theaterkritiker Mihail Schaposchnikow herein.

„Was schreibst du da, Genosse? Über den Autounfall? Ja, um ein Haar hätte mich der Wagen auch umgefahren. Fuhr wie ein Wilder. Eine kapitalistische Rücksichtslosigkeit ist das. Falls es ein Russe war, der chauffierte. Doch hielt ich ihn für einen Amerikaner. Er war rasiert.“ Mihail Schaposchnikow holt sich irgend etwas aus dem Zimmer und geht wieder hinaus. Minja Grusinschaffsky streicht seinen Artikel durch und schreibt neu:

Ein Amerikaner, der durch die wirtschaftliche Lethargie, in welcher sich die Vereinigten Staaten durch die kapitalistische Krise befinden, verkehrsgewohnt geworden war, überfuhr im Vertrauen auf seinen Diplomatenpaß einen Aktivisten. Wir fragen: Wie lange noch soll . . .

Es klopft, Gregorij Tschetschegoda, der Sportberichterstatler, kommt herein.

„Heißa“, sagt er, „Genosse Grusinschaffsky, das hättest du eben sehen sollen: Schnittig, wie die neuen Wagen aus dem staatlichen Autokombinat aussehen. Genau wie die amerikanischen Kisten — nur natürlich viel eleganter. Eben brauste so ein Wagen hier entlang und überfuhr ein Bauerlein.“

Der Redakteur seufzt: „Schönen Dank, Genosse Tschetschegoda, für deine Mitteilung. Dadurch bekommt die Sache natürlich ein ganz anderes Aussehen.“ Und er schreibt neu:

Fortschritte des sowjetischen Automobilbaus. Großer Erfolg des Fünf-

jahresplanes. Doch Vorsicht, Genossen, vor unvernünftigen Fußgängern... Da klingelt das Telefon wieder. Es ist noch einmal der Reporter Lazar Lazarrowitsch Jegerew.

„Genosse Redakteur“, bellt er ins Telefon, „wie ich soeben feststellen konnte, hat in dem bewußten Auto der Volkskommissar für die Schwerindustrie, Rylanko, persönlich gesessen. Es handelte sich um eine Probefahrt.“

Da wetterleuchtet es in den geistvollen Zügen des Redakteurs und er schreibt:

Schmieriger Kulak gefährdete das Leben eines Regierungsmitglieds. Das verdächtige Subjekt Iwan Iwanowitsch Krapotkin warf sich — vermutlich in sinnloser Trunkenheit — vor ein auf Probefahrt befindliches fahrbares Sowjetauto. Der Wagen trug keinen Schaden davon. Glänzende Materialerprobung. Wie wir durch unseren Spezialreporter erfahren, trug sich der Zwischenfall folgendermaßen zu...

Und so ging der Artikel endlich in die Setzerei. Igor Arkadjew.

„Ganz im Vertrauen:

hast du schon gehört...?“

Quasseltanten sind wahrlich eine Plage der Menschheit. Die schlimmste Plage — die man nicht mit dem Handschuh, sondern nur mit dem Holzhammer ausrotten kann — sind die quasselnden Männer. Und davon gibt es leider mehr als genug. Für sie ist die nachfolgende Erzählung nicht bestimmt, denn sie sind unheilbar. Aber den anderen wird die kleine Erzählung von Martha Solmar zu denken geben: Der eine und der andere kamen des Weges.

„Wie gut, daß ich dich treffe“, begann der eine. „Ich habe eine große Neuigkeit für dich. Ich muß dir etwas Wichtiges über deinen Freund X erzählen.“ „Warte ein wenig, ehe du beginnst“, sagte der andere. „Hast du deine Neuigkeit schon gesiebt?“

„Gesiebt? Ich verstehe nicht, was du meinst.“

„Ich frage dich: Hast du das, was du mir sagen willst, schon durch die drei Siebe laufen lassen?“

„Welche drei Siebe?“ fragte der eine. „Das erste“, sagte der andere, „ist das Sieb der Wahrheit. Bist du sicher, daß alles, was du mir erzählen willst, auch wirklich wahr ist?“

„Nun... ich weiß nicht genau... ich war nicht dabei. Ich habe nur von andern davon gehört.“

„Dann hast du hoffentlich das zweite Sieb benutzt. Ist deine Neuigkeit von solchem Nutzen, daß du sie mir dennoch sagen willst?“

„Ich weiß nicht... nützlich... eigentlich nicht.“

„Aber dann hast du sie doch wenigstens durch das dritte gesiebt? Durch das Sieb der Güte.“

„Das Sieb der Güte...“ wiederholte der eine. Er erröte und antwortete, „nein, ich habe nicht daran gedacht.“ Da sagte der andere: „Wenn das, was du mir erzählen willst, weder wahr noch nützlich oder gut ist, will ich es nicht hören.“

Und er ging seines Weges.

BLICK

ÜBER DIE GRENZE: Kalter Krieg am Nordpol

„Um den Norpol herum wird der Kalte Krieg immer heißer“, heißt es in der amerikanischen Zeitschrift „United Nations World“. „Die Russen sind maßlos erobert über den neuen amerikanischen Luftstützpunkt von Thule in Grönland, der praktisch die sowjetischen Bemühungen der letzten 12 Jahre zunichte gemacht hat, ihre Schwerindustrie nach hinter dem Uralgebirge gelegenen ‚sicheren‘ Gebieten Asiens zu verlagern. Zum großen Leidwesen des Kremls können in Thule stationierte Bomber der USA heute innerhalb von 5 Flugstunden jedes Industriezentrum Sibiriens erreichen.“

Und nun erfährt man, daß eine neue große Basis für die amerikanische Luftwaffe in Brönlundsfjord auf mehr als 82 Grad nördlicher Breite, wo im letzten Jahr bereits eine Wetterstation errichtet wurde, gebaut werden soll. Dieser Flugplatz wäre nur noch knapp 900 km von der sowjetischen Basis auf Franz-Joseph-Land entfernt.

Im Westen werden die Zugänge zur Arktis sowie die Schifffahrtsrouten zwischen England und Kanada durch die Position in Island gesichert. Der von den Amerikanern während des Krieges erbaute riesige Luftstützpunkt Keflavik steht ihnen weiterhin für Zwischenlandungen von Militärflugzeugen zur Verfügung.

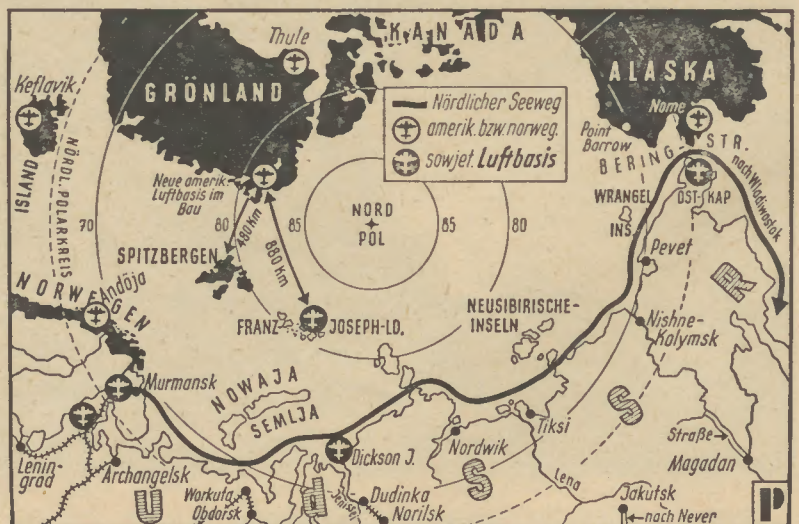
Die Sowjets protestieren immer wieder gegen die militärischen Befestigungen in Nord-Norwegen. Vor kurzem war der vom NATO-Rat empfohlene Bau einer neuen Flugbasis auf Andöja Anlaß zu sowjetischen Protesten. Der norwegische Außenminister Lange erklärte, daß dieser Flugplatz ein notwendiges Glied in der Verteidigung Nord-Norwegens sei; außerdem liege er in der Luftlinie 500 km von der russischen Grenze entfernt.

Es ist ganz gewiß, daß auch die Sowjets in der Arktis eine fieberhafte Betriebsamkeit entfalten. Die Stationen am nördlichen Seeweg sind in den letzten Jahren ständig ausgebaut worden. Der nördlichste Stützpunkt der sowjetischen Polarstrategie befindet sich auf Franz-Joseph-Land. Den amerikanischen Vorbereitungen zur militärischen Sicherung Alaskas stehen die sowjetischen Stützpunktbauten am Ostkap gegenüber.

Die größte Luftbasis am nördlichen Seeweg befindet sich auf der Dickson-Insel. Hier liegt auch die Leitstelle für den westlichen Teil des Seeweges, der mittlere Teil wird von Tiksi in der Lenamündung ausgeleitet, das heute schon 100 000 Einwohner haben soll.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Seeweges, der selbst mit Hilfe der bis zu 15 000 Tonnen großen Eisbrecher nur etwa zwischen dem 15. Juli und 30. September befahrbar ist, steht in keinem Verhältnis zu den enormen Mitteln, die von der UdSSR für die Aufrechterhaltung des Seeweges aufgebracht werden. Diese können nur durch die militärischen Möglichkeiten gerechtfertigt werden. Während des letzten Krieges hat der Transport von 452 000 t amerikanischen Gütern in die Häfen des nördlichen Seeweges den strategischen Wert der Route eindeutig bewiesen. Gegenwärtig soll die arktische Route in beiden Richtungen von etwa 50 Frachtern (mit rund 200 000 t Gütern) im Jahr passiert werden.

Dr. WP



**Modisch
preiswert
gut**



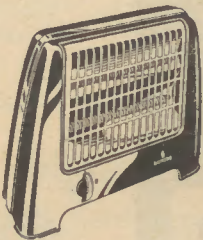
kauft man bei

Kuffer

DORTMUND · SCHWERTE · HÖRDE · HOMBRUCH

Kaufabkommen mit der Westfalenhütte; alles Nähere erfahren Sie bei Ihrer Sozial-Abteilung.

Bei einer Anzahlung von nur **10,— DM** liefere ich sämtliche Rundfunk- und Elektrogeräte an kreditwürdige Kunden sofort frei Haus. Große Auswahl in Musikschränken, Schallplatten und Tonbandgeräten.



HELMUT RISTAU

Bornstraße 62 und Borsigplatz 12 - Ruf 30257



**Nach erfolgreichem Umbau
noch leistungsfähiger**

Ich empfehle den Werksangehörigen
**Lutz Motorfahräder u. Einbaumotoren
Waschmaschinen, Wäschepressen**
(bis zu 18 Monatsraten)

Ledermäntel, Lederjacken, Handschuhe, Pullover,
Lumberjacks, Knickerbocker, Sportstrümpfe, Rad-
fahrshuhe und selbstverständlich

Touren-, Sport- und Rennräder sowie Roller

RADSPORTHAUS

A. Essing

DORTMUND, Bornstraße 131

ODEON

FILM-THEATER

■■■■■ AUF DER BRÜCKSTRASSE ■■■■■

RUF 31150

Das Haus mit der
ältesten Dortmunder Theatertradition zeigt

Spitzenfilme

der Weltproduktion
in Ur- oder Erstaufführungen

4 Punkte:

- Gute Ware
- Niedrige Preise
- Freundliche Bedienung und Beratung
- Teilzahlung nach dem bewährten DEFAKA-Kredit-System

1 Begriff:



Kaufhaus
KÖSTER

Dortmund, Hansastraße 5

Rohstoffversorgung der USA wird kritisch

Wenn auch die USA bei vielen Rohstoffen in der Rangliste der Weltproduzenten an erster Stelle stehen, so bedarf doch die Vorstellung von der rohstoffwirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit Amerikas dringend einer Korrektur. Die großen Auseinandersetzungen in den USA um die Frage der Beziehungen zu der übrigen freien Welt werden erst verständlich, wenn man sie auf dem Hintergrund der Rohstofffrage betrachtet.

So beispiellos die Wachstumsgeschwindigkeit der Rohstoffproduktion der USA in den letzten Jahrzehnten war, sie bleibt doch immer mehr hinter der Wachstumsgeschwindigkeit des Rohstoffverbrauchs zurück, die im Zuge der Durchführung des Rüstungsprogramms außerordentliche Ausmaße angenommen hat. In dem soeben veröffentlichten Bericht des Beratungsausschusses für Rohstofffragen des Präsidenten Truman wird erklärt, daß die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen schwierige Probleme für die Sicherheit und den Lebensstandard des amerikanischen Volkes aufgeworfen hat. Wenn sich auch der Wert der Rohstoffherzeugung von 6 Milliarden Dollar im Jahre 1930 auf etwa 8 3/4 Milliarden Dollar 1950 erhöht hat, so bleibt diese Produktion doch um rund 1 Milliarde Dollar hinter dem gegenwärtigen Bedarf zurück. Man rechnet damit, daß die angestrebte Verdoppelung der amerikanischen Industrieproduktion in den nächsten 25 Jahren zu einer Erhöhung des Rohstoffbedarfs auf 15,6 Milliarden Dollar im Jahre 1975 führen wird, wovon 3 Milliarden Dollar durch Importe gedeckt werden müßten.

Das Hauptproblem der USA ist die Versorgung mit Mineralien. Schon heute bleibt z. B. die Eigengewinnung von Blei um etwa 55 Prozent, diejenige von Zink um 40 Prozent, von Kupfer um 40 Prozent und von Erdöl um rund 10 Prozent hinter dem Bedarf zurück. Auch die Eisenerzversorgung kann in zunehmendem Maße nur durch Einführen gesichert werden. Der Rohstoffausschuß rechnet mit einer Steigerung des Anteils der Eisenerzimporte an der Gesamtversorgung von 20 Prozent im Jahre 1950 auf fast 40 Prozent 1975. Unter den mineralischen Rohstoffen, die in den USA entweder vollständig fehlen oder deren Fördermenge weniger als 10 Prozent des Bedarfes deckt, sind in erster Linie zu nennen: Zinn, Nickel, Mangan, Chromerz und Kobalt. Der größte Teil des Zinns kommt aus Südostasien, Indien und Südafrika (neben Brasilien und Kuba) liefern das für die Stahlerzeugung unentbehrliche Manganerz. Chrom wird aus der Türkei, Südafrika, Südrhodesien und den Philippinen eingeführt. Kobalt, das durch den Düsenantrieb einen hohen Wertzuwachs erfahren hat, kommt aus Belgisch-Kongo, der auch die amerikanische Hauptbezugsquelle für Uranerze ist.

Unser Schaubild vermittelt eine Vorstellung über die Abhängigkeit der amerikanischen Schwerindustrie von den Rohstoffimporten aus fremden Ländern.

50 Milliarden Tonnen

Mit seinen rund 50 Mrd. t sicherer Steinkohlevorräte werde das Ruhrgebiet noch für etwa 370 Jahre Brenn- und Kraftstoff liefern können, erklärte Dr.-Ing. Wunsch von der Ruhrgas-AG. auf der Tagung „Kohle und Eisen“ in Gelsenkirchen. Das Revier sei mit einem Drittel an der gesamten Stromerzeugung und mit vier Fünfteln an der Gaserzeugung im Bundesgebiet beteiligt. Um die Kapazität des Ruhrgebietes zu erhalten, müßten im Norden des Reviers neue Zechen errichtet werden. Der Investitionsbedarf dafür betrage 100 DM je Tonne Förderung.

Neues französisches Stahlwerk fertiggestellt

Das große Stahlwerk der „Sollac“ in der Nähe von Thionville (Lothringen), mit dessen Bau 1949 begonnen wurde, ist fertiggestellt worden. — Das Werk verfügt u. a. über eine kontinuierliche Breitbandstraße und ein kontinuierliches Kaltwalzwerk für Feinbleche. — Wenn „Sollac“ und „Usinor“, das andere große nordfranzösische Stahlunternehmen, mit voller Kapazitätsausnutzung arbeiten, wird Frankreich einen für den Export zur Verfügung stehenden Anfall von 200 000 t oder 17 Prozent einer Jahresproduktion an Blechprodukten erzielen.

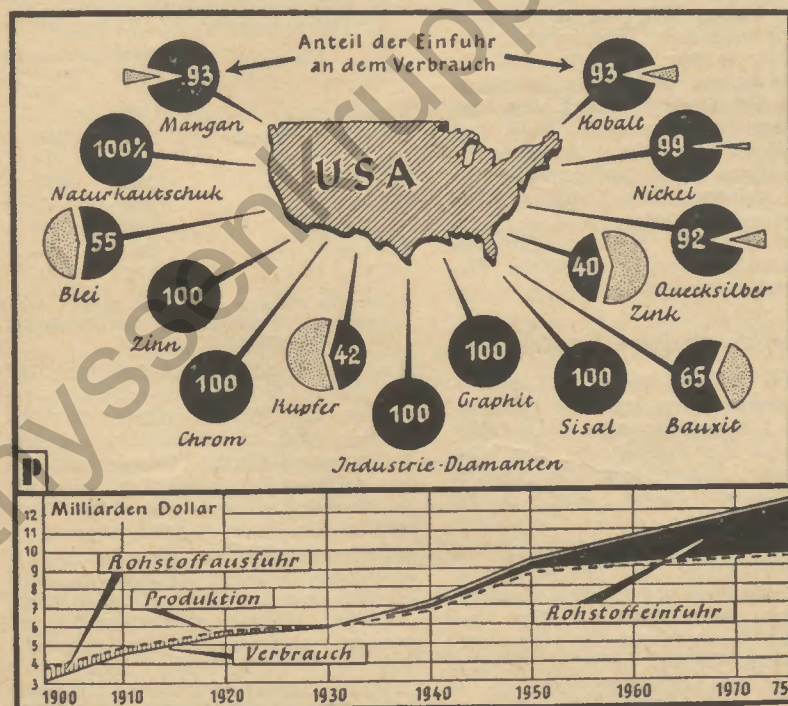
Die Lage am belgisch-luxemburgischen Eisen- und Stahlmarkt

Das Neugeschäft am belgisch-luxemburgischen Stahlmarkt war weiterhin sehr ruhig, so daß keine verlässlichen Preise festzustellen waren. Angesichts der besonders auf den Exportmärkten vorherrschenden starken Konkurrenz wird die Preisfrage jetzt außerordentlich wichtig. Die Gewinnspannen müssen weitgehend gekürzt werden, um noch Aufträge zu bekommen. Den letzten Preiskürzungen von 150 bfrs bei Stabstahl, gezogenem Draht sowie Grob- und Mittelblechen folgten jetzt Abschlüsse von 750 bfrs bei Warmwalz-Feinblechen und von 90 bfrs bei kaltgewalzten Blechen. Trotz dieser Herabsetzungen liegen die belgisch-luxemburgischen Preise noch über denen der französischen Konkurrenz, so daß man an die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung glaubt.

Steigendesritisches Eisen- und Stahlaufkommen

Die Aussichten der britischen Eisen- und Stahlversorgung sehen für den Beginn des neuen Jahres recht günstig aus. Die Produktion hat sich im letzten Jahr stetig gesteigert und wird die 16-Mill.-t-Grenze erreichen. Man rechnet für 1953 mit einer weiteren Steigerung und der Überschreitung des in 1950 erzielten Nachkriegsrekords von 16,3 Mill. t.

Die Roheisenproduktion nähert sich dem für 1952 gesetzten Ziel von 11 Mill. t, wobei die Steigerung einer wesentlich verbesserten Rohmaterialversorgung zu verdanken ist. Die Verkokungskapazität hat mit dem Bedarf Schritt gehalten.





Ifo-Institut rechnet nicht mit weiterem Konjunkturanstieg

„In Westdeutschland hält sich die Wirtschaftstätigkeit am Ende dieses Sommers auf unverändert hohem Niveau. Dazu kommt der jahreszeitliche Auftrieb mit dem Beginn des Herbstes. Die industrielle Entwicklung, die für den Konjunkturablauf entscheidend ist, bietet jedoch kaum noch Anzeichen einer weiteren Expansion. Die Verbrauchsgüterindustrie hat anscheinend ihren Abstieg beendet und seit der Jahresmitte ihre Fertigungstätigkeit nicht mehr erhöht. Die Investitionstätigkeit scheint vorläufig ihren Höhepunkt erreicht, wenn nicht überschritten zu haben. Die Zahl der Beschäftigten ist vorwiegend in den Dienstgewerben gestiegen, was als eine Nachwirkung der bisherigen konjunkturellen Entwicklung im industriellen Bereich anzusehen ist. Die weiteren Exportaussichten und teilweise schon die Exportabschlüsse lassen auf längere Sicht Abschwüngen befürchten.“ So lauten die Kernsätze des neuen Vierteljahresberichtes des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Es habe den Anschein, heißt es abschließend in dem Bericht, daß im Frühjahr 1953 noch keine spürbaren expansiven Wirkungen vom Verteidigungsbeitrag ausgehen werden. Maßnahmen zur besseren Ausnützung der Produktivkräfte seien dann angezeigt, z. B. eine Verringerung der Verbrauchs- und Einkommenbesteuerung. (Die Welt).

Spürbare Konkurrenz

Bisher gab die britische Industrie ihrer Besorgnis vor der deutschen Konkurrenz zwar jeweils durch Registrierung der deutschen Exportabschlüsse auf den verschiedenen Auslandsmärkten Ausdruck, und sie verfehlte auch nicht, auf die gegenüber den britischen Verhältnissen bessere Position der deutschen Exporteure in der Kreditgewährung bei Auslandsgeschäften hinzuweisen. Tatsächlich war dieses Argument bei der jüngst erfolgten Durchsetzung verbesserter Kreditbedingungen für ausländische Bezieher britischer Produkte besonders in Südamerika ausschlaggebend. Sowohl industrielle als auch offizielle Stellen versagten sich aber bisher, die deutsche Exportpolitik direkt anzugreifen. Es wurde vielmehr im Gegenteil oft von offizieller Seite betont, daß kein Anlaß zu einer Beschwerde gegeben wäre, obwohl die Verschärfung der Konkurrenz zwischen beiden Ländern immer wieder betont wurde und schließlich durch die Exportstatistik belegt wird. Nun kommt zum erstenmal eine solche in sehr

scharfen Worten abgefaßte Beschwerde gegen die deutsche Handelspolitik aus dem Zentrum der britischen Schwerindustrie in Birmingham. Man wäre geneigt, sie nur als Mittel, weitere Exportbegünstigungen bei der britischen Regierung durchzusetzen, anzusehen, wenn sie nicht von einem maßgebenden industriellen Verband ausgehen und auch bei Abgeordneten Unterstützung finden würde. Die „Financial Times“ veröffentlichte diese Beschwerde auf der ersten Seite an auffällender Stelle des Blattes und sagte: „In der Industrie der Midlands besteht bedeutende Besorgnis über die dort als unfair angesehenen Handelsmethoden Westdeutschlands. Die Industrie beschwert sich, daß die westdeutsche Regierung ihrer Industrie Steuernachlaß, Exportvergünstigungen und besondere Konzessionen in der Zuteilung von Dollar als Reizmittel zur Ausfuhr gewährt. Sie verlangt in London möglichst starke Proteste durch offizielle Stellen.“ Der Sekretär der National Union of Manufacturers in Birmingham erklärte namens der Mitglieder seines Verbandes: „Nachdrückliche Vorstellungen sollten bei jeder sich ergebenden Möglichkeit in Deutschland erhoben werden, nachdem dieses an uns einen Preiskrieg erklärt hat.“ (Neue Zeitung).

Deutschlands Wiederaufbaumille

Ein Mitarbeiter der französischen Zeitung „La Vie Catholique illustrée“ (Paris, 22. 9. 52) berichtet über eine Reise durch Westdeutschland u. a.: „Die Anstrengungen des deutschen Volkes, seine zerstörten Städte wiederaufzubauen, bieten ein gewaltiges Schauspiel. Der Lärm der Baustellen gleicht oft einer überdimensionalen, man möchte sagen wagnerianischen Oper. In Deutschland kursiert das Wort: eine neue Wohnung, das bedeutet, daß wieder eine Familie aus dem Keller ausziehen kann. Diese außerordentliche Anstrengung des ganzen Volkes hat vor allem auch einen moralischen Hintergrund. Die Deutschen wollen sich selbst und der Welt beweisen, daß sie trotz allem, ja trotz der Niederlage nach dem letzten Kriege ein bedeutendes Volk sind. Dank dieser gewaltigen Anstrengung ist es ihnen auch vollkommen gelungen, sich von allen Komplexen frei zu machen, die schwer auf dem geschlagenen Volk lasteten. Daneben sind natürlich auch praktische Gesichtspunkte maßgebend.“

Keine konstruktive Staatskunst

Die in Winona/Minnesota erscheinende deutsch-amerikanische Wochenzeitung „Sonntagspost“ (Nr. 22/52) vergleicht die Politik, die die USA gegenüber Japan und Deutschland eingeschlagen haben, und erklärt hierzu:

„Die deutsche Politik Washingtons bleibt weit hinter den Schritten zurück, die in Asien gewagt wurden. Deutschland hat Pearl Harbour nicht angegriffen. Deutschland hat einen entschlossenen Versuch gemacht, sich des Diktators zu entledigen, der es in einen Krieg gestürzt hatte, den es

nach dem Zeugnis amerikanischer Beobachter niemals wollte, sondern immer fürchtete. Der Generalvertrag enthält so viele Einschränkungen staatlicher und wirtschaftlicher Selbstbestimmung und muß so teuer mit Zwangsrekrutierung bezahlt werden, daß der Gedanke und die Tatsache wirklichen Friedens immer weiter zurücktreten. Diese Verträge werden das gute und freundschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten mehr stören als befestigen. Sie sind das Gegenteil konstruktiver Staatskunst.“

Was können sie kaufen?

Der Lebensstandard industrieller Arbeiter hängt vorwiegend von der Produktivität oder Ergiebigkeit ihrer Arbeit und von der Höhe der Lebenshaltungskosten — insbesondere von den Ausgaben für Nahrungsmittel, die in Westdeutschland rund ein Drittel bis fast die Hälfte der gesamten Ausgaben für die Lebenshaltung ausmachen — ab. Der besser verdienende Arbeiter gibt relativ zu seinem Einkommen weniger für Nahrungsmittel aus. Bei einem Vergleich der Nominallöhne verschiedener Länder mit den entsprechenden Nahrungsmittelkosten läßt sich erkennen, um wieviel der Lebensstandard des industriellen Facharbeiters von dem seines Kollegen in anderen Ländern abweicht. Werden die Nominallöhne der Bäcker, Maschinensetzer, Monteure und Dreher, Modellmacher, Maurer, Zimmerleute und Tischler, Maler, Klempner und Elektriker in Westdeutschland, Kanada, den USA, Niederlanden, in Schweden, Großbritannien und Australien als repräsentativ für die Lohnsätze von Facharbeitern angesehen und vergleicht man den Gesamtdurchschnitt der Lohnsätze dieser Facharbeitergruppen jedes Landes mit dem anderer Länder, ergeben sich folgende Daten für den Herbst 1951:

Nominallöhne
und Nahrungsmittelkosten
(Westdeutschland — 100)

Länder	Nominal- löhne	Nahrungs- mittel- kosten*
Niederlande	76	91
Westdeutschland	100	100
Großbritannien	113	74
Belgien	116	118
Schweden	124	97
Australien	179	96
Kanada	380	144
USA	578	155

* monatlich für eine vierköpfige Familie, westdeutsche Verbrauchsmengen für alle Länder als Norm angenommen.

Was sagt diese Übersicht? Erstens, daß die Löhne in Westdeutschland, verglichen mit denen anderer Länder, niedrig sind, und zweitens, daß die Nahrungsmittelkosten in vier der sieben anderen Länder geringer sind als in Westdeutschland. Von den Arbeitern in den Niederlanden abgesehen, geben die Arbeiter für die gleiche Ernährung einen geringeren Teil ihres Einkommens aus als die westdeutschen Arbeiter, deren Lebensstandard, so gesehen, niedriger ist. Der belgische Arbeiter steht in dieser Hinsicht mit dem westdeutschen Arbeiter auf einer Stufe. (Bremer Nachrichten)

Mein Göttergatte schnarcht

Ich merke, höre, spüre es allnächtlich — aber die Amerikaner wissen es. Nicht von meinem Mann zwar, aber sie haben das Schnarchen wissenschaftlich erforscht. Sie haben z. B. festgestellt, daß das Schnarchen nicht nur zehn Prozent aller Ehen gefährdet, die Ursache zahlreicher Scheidungsprozesse ist, sondern außerdem noch Nerven-zusammenbrüche und Herzfehler heraufbeschwört.

Im Zusammenhang damit sammelten die Ärzte sämtliche Hausmittel, die gegen das Schnarchen angewandt werden. Sie sind höchst unterschiedlicher Natur. Ihr Erfolg hängt in erster Linie von der Lautstärke des Schnarchens ab, die man mit einem von dem Arzt James F. Bender erfundenen Instrument messen kann. Die bisher gefundene größte Lautstärke liegt nur rund 25 Prozent unter der eines durchschnittlichen Löwengebrülls. Die geringste gleicht den Geräuschen, die Windstärke drei in belaubten Bäumen hervorzurufen pflegt.

Die Ursachen des Schnarchens sind längst erforscht. Sie beruhen auf der Verminderung der Luftzufuhr während des Schlafes auf dem Rücken, hervorgerufen durch den Druck, den die nach hinten verlagerte Zunge auf den sogenannten weichen Gaumen ausübt. Beim Atmen gerät sie in Schwingungen und ruft dadurch die Schnarchtöne hervor. Die amerikanischen Forscher haben verschiedene Mittel empfohlen, um die Rückenlage auszuschalten. Hier sind einige, deren Erfolg garantiert sein soll:

1. Man nähe sich einen Beutel mit einer Holzrolle auf den Rücken der Schlafanzugjacke. Sie drückt so stark gegen das Kreuz, daß der Schlafende automatisch wieder in die Seitenlage geht, sobald er den Druck verspürt.
2. Man binde sich ein Handtuch um die Brust, das auf dem Rücken einen dicken Knoten aufweist. Ziel und Erfolg wie unter 1.
3. Man nähe sich eine Tasche auf den Rücken des Nachthemdes oder des Schlafanzuges, die sich durch einen Knopf verschließen läßt. In diese Tasche stecke man einen alten, möglichst harten Tennisball. Ziel und Erfolg ebenfalls wie unter 1.
4. Man binde eine Hand mit einer möglichst kurzen Schnur an das Bettgestell. Dadurch soll der Schnarcher daran gehindert werden, sich in die Rückenlage zu begeben.
5. Als sicher empfohlen wird auch das Mittel, den Mund vor dem Schlafengehen mit einem Pflaster zuzukleben. Es zwingt den Schnarcher, ausschließlich durch die Nase zu atmen.
6. Man kann sich schließlich ein Handtuch so um den Kopf binden, daß das Herunterhängen des Kinns verhindert wird. Auch in diesem Fall wird der Schnarcher gezwungen, ausschließlich durch die Nase zu atmen.

Natürlich werden noch weitere Mittel gegen das ehezerrüttende Schnarchen empfohlen, vor allem von Firmen, die am Dollarmachen interessiert sind. Eine von ihnen empfahl in Zeitungsanzeigen „ein absolut sicher wirkendes Mittel“ zum Preise von einem Dollar. Wer die Nachnahme einlöste, erhielt einen eleganten Briefumschlag, der weiter nichts als eine kleine Karte enthielt. Auf ihr stand: „Absolut sicheres Mittel gegen das Schnarchen: Verzichte auf den Schlaf!“

N. P.

Wer aus dem ersten Nackenschlag nichts lernt, der verdient schon allein dadurch einen zweiten. Nur die ernsteste Prüfung der Ursachen solcher Mißerfolge beugt ihrer Wiederholung vor. Wenn die Arbeiterschaft aus dem Rückschlag die nötige Lehre zieht, so kann eine Niederlage bedeutend heilsamer sein als zehn Siege.

Julius Leber (ermordet 1944)

„Trinkt mehr Milch!“ Die Propaganda läuft auf Hochtouren. Auch im Bundestag. Kein Wort gegen Milch. Schon im Reichstag erklärte ein Abgeordneter: „Die Zukunft der Landwirtschaft ist in die Hand der Milchkühe gelegt.“ — Meine Hochachtung, Kühe!

*

I — aah! Weil die acht Maulesel von Middlesborough (England) „als Angestellte der Stadt gewerkschaftlich organisiert seien und demgemäß den Bestimmungen des Achtstundentages unterliegen“, verbot der Vorsitzende des Städtischen Arbeitsausschusses, F. J. Lonstaff, daß die Maultiere nach „Dienstschluß“ an einem Kinderfest teilnehmen. — Im Zeichen der Vollbeschäftigung gibt's manche Wunder.

*

Justiz und Schule: Das oberste Gericht Dänemarks hat festgestellt, daß es keine juristische Handhabe gibt, die Schüler zur Anfertigung von Hausaufgaben zu zwingen. — Die Richter hielten es offenbar mit dem alten Motto: nach Schulabschluß soll man sich ernstlich bemühen, alles schnell zu vergessen, was man in der Schule gelernt hat.

*

„Ein Frauenduell. Maynstrom, vom 18. May. Die Frau eines Raths, und die Frau eines Kriegs-Commissairs zu Metz, entzweyten sich in einer Gesellschaft, und beschlossen darauf, die Sache mit dem Degen in der Faust auszumachen, dazu es auch wirklich kam, und wurde die erste nur leicht an dem Arm, die Frau Kriegscommissarien aber gefährlich in die Brust verwundet.“ — Wie gut haben wir es heute, wo schon der Dichter sagt: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten . . .“

*

Statistiken. Der Präsident des britischen Textilgroßhändler-Verbandes, Lord Hollender, verglich Statistiken mit Bikini-Badeanzügen: „Was sie enthüllen, ist verführerisch — aber entscheidend ist das, was sie verhüllen!“ — Gut gebrüllt, Löwe! Aber was würde Seine Lordschaft im Bad „Abessinien“ sagen?

*

In der Lehrwerkstatt wirft ein Ausbilder einen Wurm in ein Glas Wasser. Quitschvergnügt schwimmt der Wurm. Der Ausbilder wirft ihn in ein Glas mit hochprozentigem Alkohol. Der Wurm ist tot. „Was beweist euch das?“ fragt der Ausbilder die Lehrlinge. „Das beweist“, sagt ein Lehrling, „daß man statt Wasser Alkohol trinken muß, damit man keine Würmer kriegt.“

*

Deshalb also: Ich fragte den ältesten Arbeiter unseres Werkes, worauf es seiner Ansicht nach zurückzuführen wäre, daß er schon 83 Jahre alt sei. „Tjä“, sagte der, „wohl darauf, daß ich 1869 geboren bin.“



Osterbräuche — Palmstock

UNSERE HEIMAT

Osterbräuche

IN WESTFALEN

Wir alle sind auf dem besten Wege, die sinnvollen alten Osterbräuche, die uns nicht so einprägsam und auch nicht so wichtig erscheinen, wie z. B. das Brauchtum der Weihnachtszeit, mehr und mehr in Vergessenheit geraten zu lassen. Übernommen haben wir höchstens noch die selbstgefärbten bunten Ostereier, aber auch sie werden immer mehr durch die aufreizenden Auslagen in den Schaufenstern verdrängt.

Unseren Vorfahren, die wir uns in grauen Zeiten, wenigstens während der Wintermonate, als Höhlenbewohner vorstellen müssen, war das altgermanische Sonnenkultusfest fast gleichbedeutend mit einem neuen Lebensbeginn. Es wurde zur Zeit der Tag-und-Nacht-Gleiche gefeiert. Unser Osterfest hat vieles mit ihm gemeinsam. Aus Freude und Dankbarkeit, nicht mehr bei spärlichem Licht im Sturmbann des „wilden Jägers“ leben zu müssen, entzündeten unsere Urahnen auf den Bergen und in der Ebene des heutigen Münsterlandes ihre weithin leuchtenden Freudenfeuer. Diese schöne Sitte wurde vom Christentum sinnvoll übernommen. Als Symbole keimenden Lebens galten auch damals schon die Eier, die als Opfergabe dargebracht wurden. Die christliche Zeit bezog später den Palmsonntag in ihre Osterbräuche ein. Fast jede ländliche Gegend Westfalens hält teilweise auch heute noch an eigenen Bräuchen fest. So begegnen wir z. B. in katholischen Gegenden der Sitte der kirchlichen Palmstraußweihe. Dieser sogenannte Palmstrauß, der meistens aus Buchsbaum bestand, wurde entweder bis zum nächsten Jahr aufgehoben, oder er fand Verwendung als Gewitterschutz, als Segen, wenn im Frühjahr die Kühe auf die Weide getrieben wurden, oder man steckte ihn am ersten Ostertag in die Ecken der Felder, um von Saat und Ernte das Unwetter abzuhalten.

Durch den fröhlichen Brauch des Palmstocktragens gestaltet sich der Palmsonntag insbesondere zu einem Fest der

Kinder. Am unverfälschtesten hat sich diese Sitte im Kreise Bocholt bewahrt. Der Palmstock, der in dieser Gegend aus einer jungen Kiefer oder Tanne besteht, wird in einer dunklen Ecke des Hauses versteckt. Die Kinder suchen ihn, um ihn dann ins Freie, ans Licht zu tragen. An seinen äußersten Enden hängen selbstgebackene „Frühlingsvögel“, die sogenannten „Palmvögelchen“. Gekrönt wird der Palmstock von einem Brezel aus geflochtenem Teig. Im Ravensberger Land sangen die Kinder dazu: „Palm, Palm, Posken, lot den Kuckuck rosken, lot de Viegel singen, lot de Palmen springen!“ Im Münsterlande finden wir den Palmstock in der Form eines kugelig gebundenen Buchsbaumbusches, befestigt an der Spitze einer sauber geschälten oder verzierten Stange, behangen mit Zuckerwerk oder mit rotbäckigen Äpfeln und Gebäck.

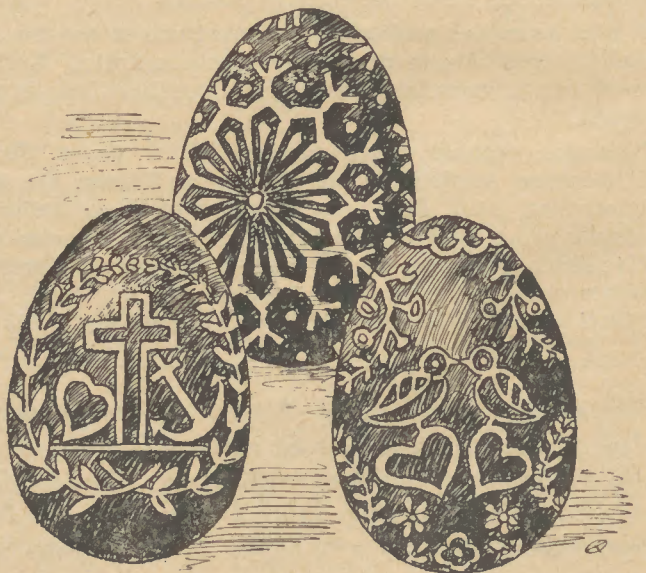
Die Tage der dem Palmsonntag folgenden Karwoche haben im Niederdeutschen ihre besonderen Namen: „Blöen Montag“, der Altar wurde in der katholischen Kirche an diesem Tage mit einem blauen Tuch bedeckt, „Schäiven Dienstag“, „Krummen Gonstag“ (Wodanstag), „Greinen Donnerstag“, am Grünen Donnerstag wurde erstmalig frisches Grün gegessen, eine andere Deutung ist: der „Tag der Grünen“ ist der Tag der Sündenlosen, die nach der Fastenzeit an diesem Tage sündenfrei gesprochen wurden. Es folgt der „Stille Fridag“ und dann der „Pochovend“ (vielleicht aus dem Hebräischen stammend).

Mit rasselndem Lärm der Klappern und Knarren, die in den Kartagen das Läuten der nach Rom gewanderten Glocken ersetzen, mit dem Duft nach Ölgebackenem und gebratenem Fisch, der durch die Häuser zieht, kommt nun das Osterfest mit Ostereiersuchen, Freudenfeuern und seinen mannigfachen Bräuchen. Überall verzehren die Erwachsenen ihre Ostereier, und was ein rechter Westfale ist, der kann es wohl auf 20 Stück bringen. Gekochte Eier werden „gekickt“, das heißt aneinandergeschlagen. Verlierer ist der, dessen Ei dabei zerspringt.

In manchen Gegenden findet man sich zu Ballspielen auf den Bergen zusammen. Man veranstaltet auch Wettrennen junger Mädchen. Die Siegerin wird dem meistbietenden jungen Mann zugesprochen.

Andernorts verzehrt man am Spätnachmittag des 1. Festtages, bevor man das Osterfeuer entzündet, den Osterpiannkuchen. Am Feuer werden Lieder gesungen und Sagen und Märchen erzählt. Berühmt sind die Osterfeuer in Lügde, wo man unter Böllerschüssen und feierlichen Chorälen große Feuerräder den Berg hinabrollen läßt. Im Sauerland war es üblich, daß vor dem Festmahl der Hausvater mit einem Weihwedel aus drei Kornähren alle Speisen mit geweihtem Wasser besprengt. In Lippe-Detmold wird dem Wasser, das man in der Osternacht um 24 Uhr dem Strom entgegen schöpft und stillschweigend nach Hause trägt, Heilung für kranke Augen zugeschrieben.

Wenn wir auch heute dazu neigen, diese alten Bräuche zu belächeln, so dürfen wir nicht vergessen, daß oft ein tiefer Sinn in den Sitten unserer Vorfahren liegt. —L. T.—



Fränzken Giesenkirchen

Unter den Musikern, die Westfalen der Welt geschenkt hat, ist mancher berühmte Mann, doch ist wohl keiner unter ihnen so beliebt gewesen und nach seinem Tode noch lebendig geblieben wie der Dortmunder Franz Giesenkirchen, von dem jeder Westfale weiß, daß er der Kumpan und Hofmusikant des tollen Romberg war, dessen tolle Fahrten er mehr als einmal auf dem Kutschbock sitzend und musizierend begleitet hat.

Kam es dabei vor, daß der alte Romberg in seinem Übermut dem lustig seine Fiedel oder sein Cello bearbeitenden Musikanten den Zylinder einschlug, so machte das Fränzken, wie er im Volke genannt wurde, nichts aus. Auf der Rechnung, die er dem Baron am nächsten Tage einreichte, stand eben zu lesen: einmal musizieren (oder dirigieren, je nachdem) 6 Taler,



ein neuer Zylinder 4 Taler. Da Fränzken die eingedüllte Zierde seines Hauptes jedoch jedesmal wieder aufbügeln ließ, war es im Grunde immer der gleiche Zylinder, der dem zerstörungswütigen Baron in Rechnung gestellt wurde.

Fränzken Giesenkirchen war bei aller Genialität, die ihn auszeichnete, wirtschaftlich genug, um rechnen zu können. Und als er ein paarmal erfahren hatte, daß er, der in Augenblicken höchster Hingerissenheit nicht nur Arme und Beine, sondern sogar seinen Zigarrenstummel als Taktstock benutzte, seinen Erfolg nur noch steigerte, wenn er sich mitten im Musizieren die Frackschöße vom Leibe riß, ließ er sich diese später nur noch mit Reihgarn anheften, so daß wenigstens der Stoff des so mißhandelten Fracks nicht unter den Eskapaden seines Trägers leiden mußte.

Giesenkirchen, der das Konservatorium in Brüssel besucht hatte, wozu er sich das Geld schon in frühester Jugend selbst zusammenmusiziert hatte, war ein Musikant von hohen Gnaden und zu seiner Zeit sicher der begehrteste Cellist in der hiesigen Gegend. Jedenfalls war in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts keine Veranstaltung denkbar, ob es sich nun um eine Prozession oder ein Schützenfest handelte, zu der Fränzken nicht die Musik gemacht hätte. Da er aber nicht immer genug Musikanten zur Hand hatte, um eine respektable Kapelle auf die Beine zu bringen, verpflichtete er nicht selten sogar Maurer und Zimmerleute, um die Lücken in seinem Orchester auszufüllen. „Hauptsache, dicke Backen machen“, war sein Leit- und Lehrsatz, den er seinen Leuten einschärfte. Dann steckte er ihnen zur Vorsicht einen dicken Pirophen vorne in die Trompete, damit ja kein Ton herauskam, und es konnte losgehen mit der acht Mann starken Kapelle, von der nicht selten nur zwei Mann Musik machten. Hauptsache jedoch war, daß jeder Mann seinen Taler bekam und genügend Freibier, um den nicht unbeträchtlichen Durst zu löschen, der dem Durst der berühmtesten Musiker in nichts nachstand.

Das Ansehen Giesenkirchens war jedoch nicht auf die engere Umgebung Dortmunds beschränkt. Bis weit ins Sauerland hinein und den Hellweg hinauf wurde Fränzken mit seiner Kapelle bestellt. Natürlich ließ Fränzken, der über mangelnde Beschäftigung nicht klagen konnte, sich solche Gastspiele entsprechend bezahlen, woher es kommen mag, daß die Bauern in Geseke, wo Giesenkirchen auch einmal gespielt hat, heute noch von einem, der sich seine Sache gut bezahlen läßt, sagen: „Der hat Preise wie Fränzken Giesenkirchen“.

Gar so schlimm kann es mit den Preisen jedoch nicht gewesen sein. Wurden die Musikanten doch zumeist in Naturalien entlohnt. Und ganz von ungefähr ist es nicht, wenn man auf dem Lande die Würste, die mit kleingehackter Lunge und ähnlich geringwertigem Füllsel gestopft wurden, heute noch Spielmannswürste nennt. Natürlich wollten die Bauern, wenn sie sich eine Tanzmusik kommen ließen, etwas für ihr Geld (oder ihre Spielmannswürste) haben, und mehr als einmal ist es vorgekommen, daß sie einen Kapellmeister, der um zwei oder drei Uhr aufhörte zu spielen, weil ihm die Arme lahm waren, verprügelt haben. Mit Fränzken konnten sie so etwas nicht machen. Da bekamen, wenn schon geprügelt werden mußte, andere Leute Prügel. Zunächst freilich tat er, was in seinen Kräften stand, aber wenn es dann Zeit wurde, daß er nach Hause kam, nahm er sich

einen der Tanzenden am Arm und sagte: „Hör mal, Hinnerk, es is nu Tid, dat wi ophört, wat sollt wi die vör einen zum letzten spielen?“

Entschied Hinnerk sich für einen Schottischen, ging Fränzken zum nächsten, um ihm das gleiche zu sagen, worauf dieser sich eine Polka bestellte. So machte er es noch ein paarmal. Aber er spielte weder den Schottischen noch die Polka oder was ihm sonst aufgetragen worden, sondern einen gemächlichen Walzer, so daß Hinnerk ganz aufgeregt zu ihm kam und fragte: „Was ist denn los? Du hast mir doch einen Schottischen versprochen!“ „Ach was“, sagte Fränzken dann wohl. „Dirk het sik en Walzer bestallt und mi seggt, du wöirst en Kumpskopp, de hier nix to seggen heddt!“ „Da soll denn doch 'n Donnerkiel rinschlohn!“ sagte Hinnerk dann und lief weg. Dirk und Jan und Karl bekamen die gleiche Antwort, und im Nu war auf dem Tanzboden die schönste Schlägerei zu Gange, während Fränzken seine sieben Sachen packte und verschwand.

Natürlich endete nicht jeder Ball, zu dem Fränzken aufspielte, auf solche Weise, vielmehr versuchte Fränzken, der diese Musik „Knochenmusik“ nannte, wenn es eben anging, durch Unmengen schwarzen Kaffees, die er trank, sich munter zu halten. Mag sein, daß es dieser Gewohnheit zuzuschreiben ist, wenn er so früh hat sterben müssen. Einundfünfzig Jahre war er erst, als er am 22. März 1887 in Hattingen während eines Konzertes tot zusammenbrach.

Erich Grisar

Weg zur Frühschicht

Durch die Morgenstille schüttern deine Schritte,
und dein Blick flieht diesen altgewohnt voraus,
streift den Himmel nach des Wetters Güte,
haftet flüchtig am bekannten Haus.

Kennt die hellen und die dunklen Fensteraugen,
deren Lichterschein in gleiche Spuren fällt,
die dem Morgen erste Grüße hauchen,
die das Leben schon im Banne hält.

Und dein Aug' erkennt von weitem die Gestalten,
die sich schemenhaft im Dämmerlicht bewegen,
und dein Ohr vernimmt die eigenartig alten Melodien, die sich ringsum regen.

Lore Müller, Barop



Unser Briefkasten

J. W., Eisenbahn:

Unter Bezugnahme auf meinen gestrigen telefonischen Anruf übersende ich Ihnen einen Antrag mit der Bitte, bei dem Städt. Verkehrsamt dahin vorstellig zu werden, den Weg für Radfahrer sperren zu lassen. Der in der Lageskizze in Rot bezeichnete Richtweg (Spähenfeld—Lünener Straße) wird von vielen Belegschaftsmitgliedern des Werkes und der Zeche K II in beiden Richtungen begangen und befahren; besonders vor und nach dem Schichtwechsel tritt der Verkehr dort stark in Erscheinung. Der Verkehr der Radfahrer auf diesem Weg ist dann so stark, daß die Fußgänger tatsächlich gefährdet sind. Für die Radfahrer bedeutet es keinen Umweg, wenn sie die Straße im Spähenfelde geradeaus fahren. Ich habe selbst mit Polizeibeamten an Ort und Stelle gesprochen, die den Verkehr dort beobachtet haben. Diese waren der Meinung, daß die Polizei von sich aus den Weg für Radfahrer nicht sperren könnte. Dieses wäre Aufgabe des Verkehrsamtes. Im Interesse einer großen Anzahl Belegschaftsmitglieder bitte ich hier um Abhilfe.

Das Stadtamt für öffentliche Ordnung, Abteilung Straßenverkehr, teilt uns mit: Wir haben die von Ihren Belegschaftsmitgliedern gemachten Angaben überprüft und das Tiefbauamt angewiesen, an den Einmündungen des Weges in der Brackeler Straße und in die Straße Im Spähenfelde Verbotsschilder für Rad- und Kraftfahrer anzubringen. Wir hoffen, daß mit dieser Maßnahme dem Uebelstand abgeholfen wird.

P. K., Lehrwerkstatt:

Der Mann meiner Schwester, der auf unserem Werk beschäftigt und damit in der Invalidenversicherung rentenversichert war, ist im Osten gefallen. Dadurch wurde meine Schwester Witwe und hatte Anspruch auf Rente aus der Sozialversicherungs-Direktive Nr. 27 und aus der Invalidenversicherung. Die Witwenrente aus der Direktive Nr. 27 wurde gezahlt, während die Rente aus der Invalidenversicherung den Bestimmungen nach ruhte. Meine Schwester ist arbeitsfähig, noch keine 60 Jahre alt und hat nur zwei Kinder geboren. Nun hat meine Schwester wieder geheiratet. Dadurch ist ihr der Rentenanspruch aus der Direktive Nr. 27 und aus der Invalidenversicherung verlustig gegangen. Der Anspruch aus dem Versorgungs-

gesetz (Direktive Nr. 27) ist abgefunden worden. Nun möchte ich wissen, ob der Rentenanspruch aus der Invalidenversicherung auch abgefunden werden muß. Die Auszahlung der Rente hätte ja bei Erreichung der Altersgrenze oder bei Arbeitsunfähigkeit meiner Schwester erfolgen müssen, was durch ihre Wiederverheiratung nun nicht mehr der Fall ist. Damit geht ihr aber ein durch die Beitragszahlung ihres gefallenen Mannes in der Invalidenversicherung erworbenes Recht auf die Altersversorgung verloren. Muß der Verlust dieses Anspruches nun abgefunden werden oder nicht? Wenn ja, woran muß sie sich mit ihrem Antrag wenden, welche Zeiten sind dabei einzuhalten?

Unsere Betriebskrankenkasse beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Witwenrente aus der Invalidenversicherung erhält nach dem Tode des verstorbenen Ehemannes, sofern der Tod vor dem 1. 6. 1949 eingetreten ist, die Witwe, die
 - a) Invalide ist, oder
 - b) das 60. Lebensjahr vollendet hat, oder
 - c) das 55. Lebensjahr vollendet und mindestens 4 lebende Kinder geboren hat, oder z. Z. des Todes ihres Ehemannes mindestens 4 waisenrentenberechtigende Kinder erzieht.

2. Witwenrente wird ferner gewährt, solange die Witwe mindestens 2 waisenrentenberechtigende Kinder unter 6 Jahren erzieht.

Nach dem geschilderten Sachverhalt bestand also vor der Wiederverheiratung Ihrer Schwester ein Anspruch auf Witwenrente aus der Invalidenversicherung nicht, allerdings ist nicht ganz klar, wie alt die beiden Kinder z. Z. des Todes des Versicherten waren, ob und wie lange evtl. die Voraussetzungen der Ziffer 2 zuträfen. Auch ist der Tag der Wiederverheiratung nicht angegeben.

Die Witwenrente fällt mit dem Ablauf des Monats der Wiederverheiratung weg. Eine Abfindung Ihrer Schwester konnte also nicht stattfinden, wenn überhaupt kein Anspruch auf Witwenrente aus der Invalidenversicherung bestand, bzw. die Witwenrente noch nicht festgestellt oder wenigstens beantragt war.

Von einem Verlust des Anspruchs ohne Abfindung kann insofern nicht die Rede sein, als Ihre Schwester, wenn ihr jetziger Ehemann ebenfalls rentenversichert ist und sie ihn überleben sollte, Witwenrente aus dessen Versicherung beziehen wird.

A. R., Bauhof:

Kann nicht veranlaßt werden, daß die Familienangehörigen eines Kollegen, der einen Unfall erlitt und in ein Krankenhaus überwiesen wurde, schnellstens von dem Unfall und der Einweisung unterrichtet werden?

Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Betriebe die Familienangehörigen eines verunglückten Kollegen verständigen. Wo eine solche Selbstverständlichkeit unterblieben ist, ist durchaus eine Beschwerde berech-

tigt. Auf Ihr Schreiben hin ist veranlaßt worden, daß sämtliche Betriebe und Abteilungen noch einmal schriftlich auf die Benachrichtigungspflicht hingewiesen wurden.

R. B., Thomaswerk:

Die zuständigen Karteien für die Heimatvertriebenen sind nach den Herkunftsbezirken aufgeteilt. Nachstehend die Anschriften:

Schlesien:

(13a) Bamberg (Oberfranken), Obere Königstraße 4;

Danzig-Westpreußen:

(24a) Lübeck, Lindenstraße 4;

Deutschbaltien:

(13b) München, Elisabethstraße 5, I;

Groß-Breslau:

(21a) Recklinghausen, Schaumburgstraße 2;

Brandenburg:

(13b) Augsburg, Volkhartstraße 9;

Ostpreußen:

(24b) Neumünster (Holstein), Nachtredder 31;

Pommern:

(24a) Lübeck, Lindenplatz 7;

Sudetenland:

(13a) Regensburg, Von-der-Tann-Straße 7.

W. F., Eisenbahn:

Was „es ist die höchste Eisenbahn“ bedeutet, kann ich mir denken: es ist die höchste Zeit. Aber wo kommt der Ausdruck her?

Er stammt von Adolf Glasbrenner, dem bekannten Vertreter des Berliner Volkswitzes in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. In seiner humoristisch-dramatischen Szene „Ein Heiratsantrag in der Niederwallstraße“ hält der Briefträger Bornicke um die Hand der Tochter des Stubenmalers Kleisch an. Bornicke ist eine brave, ehrliche Haut, nur leider ein wenig zerstreut, was sich besonders darin äußert, daß er zwei Dinge, über die er sich zugleich äußern will, gern miteinander vertauscht. Als sein Schwiegerpapa ihm eröffnet, was er seiner Tochter als Mitgift gewähren werde, antwortet er: „Diese Tochter ist ganz hinreichend, ich heirate ihre Mitgift.“ Gegen Ende der Szene bricht Bornicke eilig auf, da die Leipziger Post eingegangen sei und die Briefe ausgetragen werden müßten, und sagt beim Abschied: „Es ist die allerhöchste Eisenbahn, die Zeit ist schon vor drei Stunden anjekommen.“

WIR

Wo der Hammer niederfällt,
Funkenstiebend Stahl sich reckt,
Wo die gier'ge Flamme leckt,
Wo der Schrei des Eisens gellt —
Dort stehst du im Arbeitskleid,
Stolz im Herzen, tatbereit.

Tausend stehen neben dir.
Alle in der Arbeit Land
Eint das eine, feste Band,
Alle sprechen freudig: „Wir!“
Tausend Hände — nur ein Sinn:
Das allein bringt uns Gewinn.

Franz Kurowski

Soziale Aufgaben im Blickpunkt

Es mögen 60 oder 80 oder auch mehr Organisationen, Vereine, Verbände, bestehen, die sich mit sozialen Betriebsfragen o. ä. befassen. Soziale Fragen und Aufgaben stehen wahrlich im Blick- und Brennpunkt. Sie ergeben sich aus den Spannungen des Heute und aus dem zwingenden Erfordernis, diese Spannungen so oder so zu beseitigen. Daß diejenigen Betriebe, in denen das Mitbestimmungsrecht seit Jahren erfolgreich praktiziert wird, auch hier eigene Wege gehen, ist bekannt. Aus dieser Tatsache ergibt sich auch die Berechtigung — um nicht zu sagen: Notwendigkeit — der Gründung des „Vereins für soziale Betriebspraxis e. V.“, der sich auf die in der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie zusammengeschlossenen Werke stützt und Anfang März mit einer Vortragsveranstaltung vorstellte.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Arbeitsdirektor Wilhelm Schäfer (Hüttenunion Dortmund), erklärte Ministerpräsident Arnold u. a., daß mit der Mitbestimmung bei Kohle und Eisen neben dem Kaufmann und Techniker der Arbeitsdirektor als dritte Kraft im Betrieb fest eingefügt sei.

In einem Referat über „Mensch und Technik“ behandelte Ministerialdirektor Leo Brand vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen Fragen der Forschung und Technik unserer Tage. In seinen Ausführungen brachte er Zahlen über die Steigerung des Sozialproduktes in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten: während in der Bundesrepublik 1951 im Vergleich mit 1936 das Sozialprodukt um 40 Prozent gestiegen ist, erfuhr es in den Vereinigten Staaten eine Steigerung um 250 Prozent. Während ein amerikanischer Arbeiter für die Anschaffung eines Personenkraftwagens den Lohn von 1000 Arbeitsstunden aufwenden muß, sind für einen auch nur annähernd vergleichbaren Wagen in Deutschland etwa 6000 Arbeitsstunden erforderlich. Der Referent wies darauf hin, daß diese bemerkenswerte Steigerung des Sozialprodukts nur durch eine wohlgedachte Rationalisierung und Typenbeschränkung erreicht worden ist. Diese Produktivitätssteigerung ist zum anderen aber nur möglich gewesen durch die großen Mittel, die der amerikanischen Forschung zur Verfügung stehen. Während in Deutschland umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 7,— DM für Forschungszwecke zur Verfügung stehen, sind es in Großbritannien 20,— DM und in den Vereinigten Staaten 71,— DM, wobei die für die Atomforschung aufgewendeten Beträge noch nicht einmal berücksichtigt sind.

Auch für die Bundesrepublik ergibt sich die zwingende Forderung, durch intensive Forschung zu einer sinnvollen Rationalisierung und damit zu einer Produktivitätssteigerung und Vergrößerung des Sozialproduktes zu gelangen. Professor Graf vom Max-Planck-Institut für Arbeitspsychologie sprach über „Der Mensch und seine Arbeit im Betrieb“. Auf diesen Vortrag werden wir in unserer nächsten Ausgabe ausführlicher eingehen.

Aber auch in den Parteien werden die sozialen und wirtschaftlichen Probleme sehr stark diskutiert. Wir berichten nachstehend zusammenfassend über sehr wichtige Tagungen der SPD und CDU.

Freiheit soweit wie möglich — Lenkung soweit wie nötig

Auf der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD in Bochum erklärte der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer in seiner Begrüßungsansprache u. a.:

Die wirtschaftspolitische Planung, wie sie der SPD vorschwebt, sei durchaus vereinbar mit der wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen sowie der kleinen und mittleren Betriebe. Die wesentliche Quelle der Vermassung, von der soviel gesprochen werde, liege in der eigentumsmäßigen Trennung des arbeitenden Menschen von seinen Arbeitsmitteln. Wir wenden uns entschieden gegen die unhaltbare These, daß nur der Eigentümer der im Arbeits-

und Verteilungsvorgang unserer heutigen Wirtschaft benutzten Arbeitsmittel zu entscheiden habe, wann, was, wieviel und wozu produziert wird. Dem arbeitenden Menschen muß auch dort ein Mitbestimmungsrecht gesichert werden, wo er aus zwingenden Gründen und ohne sein Verschulden individuelles Eigentum nicht erwerben kann. Die Aufgabe einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist es, das demokratische Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen in die Demokratie einzubauen und Planung und Freiheit harmonisch zu verbinden. Die freie Unternehmerinitiative ist sicher lobenswert, und wir wollen sie nicht entbehren. Man soll aber weder die Unternehmer noch die dogmatischen Prinzipien des Neo-Liberalismus überfordern. Von der Erfüllung der sozialen Leistungen hängt der Bestand der Demokratie, ja die nationale Existenz unseres Volkes ab. Wir können die auf uns ruhenden und die auf uns zukommenden Lasten und Aufgaben nur tragen und erfüllen, wenn es uns gelingt, unser Nationalprodukt zu vergrößern und das Volkseinkommen zu erhöhen. Das kann in dem notwendigen Maßstab nur geschehen durch

Produktivitätssteigerung, also durch Modernisierung und Rationalisierung des Produktionsapparates;

Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren, vor allem aller vorhandenen Arbeitskräfte;

Planung mit Hilfe eines volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltsplanes;

Sicherung eines stabilen Niveaus nicht überhöhter Preise mit Hilfe des geschützten Wettbewerbs.

Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden, Dr. Hermann Veit, erklärte u. a.:

Wir stellen drei wesentliche und unverzichtbare Ziele in den Vordergrund: 1. möglichst wirtschaftliche Sicherheit des Menschen, 2. Freiheit des Menschen, 3. möglichst gerechte Verteilung des Sozialprodukts.

Planung und Wettbewerb sind keine Gegensätze und schließen sich nicht aus. Die Planung soll sich grundsätzlich auf die Investitionen beschränken, die sich im Rahmen eines volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts abzuspielen hätten. Dabei ist nicht an eine Genehmigungspflicht für jede Investition gedacht, sondern an die vorausschauende Erwägung, in welchem Umfang das Sozialprodukt den Investitionen zuzuführen ist und welche Investitionen besonders erwünscht, welche besonders gefährlich sind, um auf diese Weise das Entstehen von Disproportionalitäten oder Engpässen zu verhindern. Entscheidend ist, daß eine günstige Entwicklung der Wirtschaft für das ganze Volk gefördert und nachteilige Tendenzen hintangehalten werden.

Neben dem Ziel einer Produktionssteigerung steht das der gerechten Verteilung des Arbeitsproduktes. Die heute bestehenden krassen Einkommensunterschiede müssen gemildert werden. Der Staat kann hier allerdings nur indirekt tätig sein. Denn in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung muß unter normalen Bedingungen, d. h. bei freien Preisen, die Aushandlung der Löhne Sache der Sozialpartner sein.

Die Verstaatlichung des Eigentums an den Produktionsmitteln stand in der Vergangenheit im Vordergrund sozialistischer Programme. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Sozialdemokratie hat sich in ihrem Dortmunder Aktionsprogramm ausdrücklich zum kleinen und mittleren Eigentum bekannt und versprochen, es zu fördern. Das gilt auch für das Eigentum an Produktionsstätten. Dagegen fordert die Sozialdemokratie nach wie vor die Überführung der Grundstoffindustrie, vor allem der Erzeugerbetriebe und Kohle, Eisen, Stahl und Energie in Gemeineigentum. Die weltpolitische Situation, in der es um Sein oder Nichtsein einer freien Menschheit geht, zwingt uns, ob wir wollen oder nicht, die Methoden des Liberalismus in unserem Sinne zu korrigieren: Freiheit, sogar völlige Freiheit, wo unsere Ziele von einer freien Wirtschaft erreicht werden, aber ständige Überwachung und Entschluß zum

Eingriff, wo die freie Wirtschaft die Ziele zu verfehlen droht.

Der hamburgische Wirtschaftssenator Prof. Dr. Karl Schiller umriß die Möglichkeiten einer Vollbeschäftigungspolitik und befürwortete die in den freiheitlichen Ländern des Westens seit Jahrzehnten übliche Aufstellung eines sogenannten Nationalbudgets, um die gegenwärtige „Durchwursterei“ in der Wirtschaftspolitik zu beenden. Er kritisierte die „beschäftigungspolitische Neutralität“ der Bundesregierung und wies darauf hin, daß in der Bundesrepublik gegenüber 1936 zwar der Produktionsindex sich von 100 auf 150 erhöht habe, daß aber die für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft entscheidende Produktivität nur auf 110 gegenüber 120—130 in England, Schweden, Frankreich und Italien gestiegen sei.

Prof. Gülich, der frühere Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, sprach sich für eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung aus, da damit 10 Prozent des Finanzaufwandes eingespart werden könnten.

Die Ziele des Steuerreformprogramms erläuterte Dr. Harald Koch, der frühere Wirtschaftsminister von Hessen. Er forderte die Heraufsetzung der Steuerfreibeträge auf 1500 DM für den Steuerpflichtigen und weitere je 1000 DM für dessen Ehefrau und jedes Kind zur Entlastung der kleineren Einkommen, Einführung einer proportionalen statt der jetzigen progressiven Steuer für weitere 8000 DM Jahreseinkommen und Erfassung der darüber hinausgehenden Einkommen außerdem in einer progressiven Zusatzsteuer. Neue Tarifenkungen für hohe und höchste Einkommen lehne die SPD entschieden ab, weil die dabei gesparten Beträge nicht so angelegt würden, wie es volkswirtschaftlich erwünscht sei. Auch Koch betonte ausdrücklich die Notwendigkeit, die neuen Länderfinanzverwaltungen durch eine Bundesfinanzverwaltung abzulösen und dadurch eine Milliarde DM zu sparen. Er schloß:

„Wir alle, ohne Ausnahme, wünschen und ersehnen den Tag, an dem die traurigste Folge der nationalsozialistischen Herrschaft, die Zerreißung unseres deutschen Vaterlandes in Bundesrepublik und Ostzone, zugunsten eines ungeteilten Deutschland beendet werde. An diesem Tage werden der Deutschen Bundesrepublik, ihrer Bevölkerung und ihrer Wirtschaft Aufgaben unerhörten Ausmaßes zu wachsen, die wir — das ist unsere feste Überzeugung — besser lösen können, wenn die Finanzkraft der Bundesrepublik von einer bundeseinheitlichen Finanzverwaltung getragen wird. Sie zu schaffen und gleichzeitig ein den künftigen hohen Anforderungen gewachsenes und trotzdem soziales und gerechtes Steuersystem, das das unübersichtliche, unsoziale und ungerechte Steuersystem unserer Tage ablöst: das ist der feste Wille der Sozialdemokratischen Partei, den sie nach den Wahlen dieses Jahres in die Tat umsetzen wird.“

Möglichst viele Eigentümer ...

Probleme des Miteigentums und der Mitbestimmung standen im Vordergrund der Tagung der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDU/CSU), die in Köln stattfand.

Ministerpräsident Karl Arnold erklärte u. a.: „Die gegenwärtige Verteilung des industriellen Besitzes, von der breitesten Schichten so gut wie ausgeschlossen sind, kann so nicht bleiben.“ Arnold appellierte an die Unternehmer, sich den Erfordernissen einer neuen Sozialordnung nicht zu verschließen. Eine auf Miteigentum beruhende Ordnung werde nur von solchen Menschen verteidigt, die selbst in der Lage seien, sich derartige Werte zu erwerben.

Bundesminister Kaiser erklärte: „Der Arbeitnehmer ist reif für wirksames Bürgerrecht. Er ist reif zur Mitverantwortung im Betrieb und in der gesamten Wirtschaft.“ Die Gewerkschaften seien längst über ihre ursprüngliche Aufgabe der Lohn- und Tarifpolitik hinausgewachsen. Es sei nunmehr an der Zeit, daß ihnen in der Politik und in der Wirtschaftsordnung die legitime Aufgabe zugewiesen werde, die der Bedeutung der Arbeiterschaft ent-

spreche. Kaiser wandte sich gegen die Art des Kalten Krieges, zu dem es in den letzten Wochen in Gewerkschaftsfragen gekommen sei. „Ich sage allen, die heute die Lösung christliche Gewerkschaften im Munde führen: Man sollte christliche Gewerkschaften nicht als Wahlparole mißbrauchen. Es muß reiflich überlegt werden, ob wir die Gewerkschaften aus ihrer Verantwortung entlassen, den Weg echter Neutralität zu gehen. Wir halten die gewerkschaftliche Solidarität hoch.“

Einhellig bekannten sich die Sozialausschüsse auf ihrer Kölner Tagung zu dem Grundsatz, daß es ein Gebot sozialer Gerechtigkeit sei, möglichst viele Eigentümer zu schaffen. Eine Häufung von Grundeigentum in den Händen einiger weniger Personen oder des Staates müsse bekämpft werden. Eine auf dem Boden des Eigentums und der Eigentumsbildung sich aufbauende Gesellschaftsverfassung müsse möglichst vielen Gliedern der Gemeinschaft die positiven Eigenschaften des Vermögensbesitzes, so stärkere wirtschaftliche Sicherheit und größere persönliche Freiheit, zugute kommen lassen.

In der Entschließung heißt es, das Bestreben der Arbeitnehmerschaft, jeweils den höchstmöglichen Lohn zu erlangen, müsse als berechtigt anerkannt werden. Begrenzt werde das Lohnniveau durch den Stand der Produktivität und die Investitionsnotwendigkeiten der Betriebe. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde nicht daran vorbeizukommen sein, das geltende Wirtschafts- und Handelsrecht umzugestalten, wenn der Gedanke des Miteigentums verwirklicht werden sollte. Eine spätere Ausgestaltung des Tarifvertragsgesetzes müsse die Voraussetzung dafür schaffen, daß möglichst viele Arbeitnehmerverhältnisse einmal in echte Gesellschafterverhältnisse umgewandelt werden könnten. Das Miteigentum müsse dem Arbeitnehmer auch die Bestimmungsrechte des Eigentümers sichern. Eine besonders wichtige Funktion komme in diesem Zusammenhang der Werksgenossenschaft zu.

Die Sozialausschüsse setzen sich dafür ein, daß neben dem betriebsbezogenen Miteigentum ein System des mittelbaren Eigentums geschaffen wird. Eine solche Regelung sei für alle diejenigen Branchen und Betriebe notwendig, in denen die Verwirklichung direkten Miteigentums nicht zweckmäßig oder auf Grund der Größe der Betriebe und ihrer Struktur nicht möglich sei. Die Organisationen, die das Vermögen verwalteten, das in der Form des mittelbaren Eigentums zusammenfließe, müßten in ihren Formen der der Investment-Gesellschaft ähneln. Die Bildung dieses indirekten Miteigentums solle auf dem Weg über einen freiwilligen Lohnzuschlag der Arbeitgeber bei einer gleichzeitigen freiwilligen Sparleistung des Arbeitnehmers verwirklicht werden. Dieses Arnoldsche Programm sieht vor, daß die so gesparten Beträge unter staatlicher Garantie von den neu zu schaffenden Institutionen für den Arbeitnehmer verwaltet werden. Jeder Betrieb soll gegenüber diesen Kassen einen Rechtsanspruch auf die Gewährung von hypothekarisch oder anderweitig zu sichernden Darlehen in Höhe der von ihm für Rechnung seiner Arbeitnehmer geleisteten Einzahlungen haben.

In den Erörterungen um die Mitbestimmung wurde deutlich, daß es der Arbeitnehmerschaft zunächst darauf ankomme, die ihnen gesetzlich zugestandenen Rechte auszuwerten und den Beweis zu erbringen, daß die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der wirtschaftlichen Unternehmen den Arbeitern nützt und der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit dienlich ist.

Ein besonders wichtiges Anliegen für die Sozialausschüsse ist die Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene. Einem Bundeswirtschaftsrat müsse ein weitgehender Einfluß auf die Gestaltung wirtschafts- oder sozialpolitischer Gesetze zustehen. Um einer syndikalistischen Entwicklung vorzubeugen, werde es nützlich sein, auch die anderen großen Gruppen unseres Volkes an der Arbeit dieses Gremiums zu beteiligen. Die Sozialausschüsse setzen sich ferner für eine materielle Besserstellung der Familie ein. Der Gedanke eines Familienlohnes könne mit Hilfe der großen Leistungsgruppen unserer Volkswirtschaft sehr wohl verwirklicht werden.

WIR GRÜßEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder
feierten im Monat Februar 1953 ihr Dienstjubiläum

40jähriges Dienstjubiläum

Klutz, Wilhelm	Maschinenabteilung Kessel
Kaspereit, August	Eisenbahnabteilung
Lesinski, Kasimir	Steinfabrik
Staszak, Michael	Blechwalzwerk IIII
Schütte, Rudolf	Maschinenabteilung Hochofen

25jähriges Dienstjubiläum

Klein, Walter	Kaltwalzwerk
Kirchner, August	Maschinenabteilung Betr.-Werkst.

Schönert, Franz	Schwellenschweißerei
Stachmann, Leo	Drahtverfeinerung
Peterhülseweh, Wilhelm	Werk Barop
Schuran, Franz	Werk Barop
Grigutsch, Fritz	Bauabteilung
Johnscher, Paul	Zurichterei
Schmidt, Friedrich	Hochofen
Hänsler, Max	Martinwerk
Pieffier, Albert	Trägerlager
Schlumm, Johann	Kaltwalzwerk
Ramsch, Paul	Eisenbahn-Werkstätten
Paschold, Theodor	Verkauf
Alex, Wilhelm	Eisenbahn-Abteilung
Ottensmeyer, Erna	Verkauf

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft
wünschen nochmals alles Gute

Löhnungstage für das Kalenderjahr 1953

Monat	Art der Zahlung	für die Zeit vom bis	Morgenschicht	Tag-schicht	Mittag-schicht	Nacht-schicht
März	Abschlag	1.—15. 3.	24. 3.	24. 3.	24. 3.	25. 3.
	Restlohn	16.—31. 3.	11. 4.	11. 4.	10. 4.	11. 4.
April	Abschlag	1.—15. 4.	24. 4.	24. 4.	24. 4.	25. 4.
	Restlohn	16.—30. 4.	11. 5.	11. 5.	11. 5.	12. 5.
Mai	Abschlag	1.—15. 5.	22. 5.	22. 5.	22. 5.	23. 5.
	Restlohn	16.—31. 5.	10. 6.	10. 6.	10. 6.	11. 6.
Juni	Abschlag	1.—15. 6.	24. 6.	24. 6.	24. 6.	25. 6.
	Restlohn	16.—30. 6.	10. 7.	10. 7.	10. 7.	11. 7.
Juli	Abschlag	1.—15. 7.	24. 7.	24. 7.	24. 7.	25. 7.
	Restlohn	16.—31. 7.	11. 8.	11. 8.	10. 8.	11. 8.
August	Abschlag	1.—15. 8.	24. 8.	24. 8.	24. 8.	25. 8.
	Restlohn	16.—31. 8.	10. 9.	10. 9.	10. 9.	11. 9.
September	Abschlag	1.—15. 9.	24. 9.	24. 9.	24. 9.	25. 9.
	Restlohn	16.—30. 9.	10. 10.	10. 10.	9. 10.	10. 10.
Oktober	Abschlag	1.—15. 10.	23. 10.	23. 10.	23. 10.	24. 10.
	Restlohn	16.—31. 10.	11. 11.	11. 11.	10. 11.	11. 11.
November	Abschlag	1.—15. 11.	24. 11.	24. 11.	24. 11.	25. 11.
	Restlohn	16.—30. 11.	10. 12.	10. 12.	10. 12.	11. 12.
Dezember	Abschlag	1.—15. 12.	22. 12.	22. 12.	22. 12.	23. 12.
	Restlohn	16.—31. 12.	9. 1.	9. 1.	8. 1.	9. 1.

Die Belegschaft wird darauf aufmerksam gemacht, daß

1. Lohnvorauszahlungen am Tage vor der Lohnzahlung nicht stattfinden können,
2. das Lohnbüro am Tage vor und am Lohnzahlungstage selbst geschlossen ist,
3. Belegschaftsmitglieder, die infolge Krankheit oder anderer Gründe nicht in der Lage sind, am Lohnzahlungstage ihren Lohn an der Auszahlstelle persönlich abzuholen, denselben selbst oder durch Familienangehörige (Ehefrau usw.) grundsätzlich erst einen Tag nach der Lohnzahlung bei dem Lohnbüro in Empfang nehmen können,
4. die Aushändigung des Lohnes an Familienangehörige nur unter Vorlage einer amtlich beglaubigten Vollmacht erfolgen kann.

Wir hoffen, daß unsere Belegschaftsmitglieder für die getroffenen Maßnahmen Verständnis aufbringen.

KULTURELLE BLITZLICHTER

Theater-Planwirtschaft im Industrieviertel

Rund 1200 Belegschaftsmitglieder unserer Westfalenhütte AG sind als Mitglieder der „Volksbühne“ regelmäßige Theaterbesucher, wobei die sicherlich beträchtliche Zahl der „freien“ Besucher des Theaters nicht erfaßt ist. Wir dürfen deshalb voraussetzen, daß die nachfolgenden Darlegungen, die uns Heinrich May, ein besonderer Kenner der Theaterverhältnisse, zur Verfügung stellt, großes Interesse finden.

Als im Jahre 1928 der Goldstrom der internationalen Anleihen für die Kommunalverbände versiegte und die sich anbahnende Weltwirtschaftskrise ihre Schatten vorauswarf, gerieten die Finanzpläne der Kommunen in Unordnung. Eine der Folgen war die Bedrohung des Fortbestandes der Stadttheater und der Orchester vor allem der Großstädte des Ruhrreviers, da die Kommunalverwaltungen im Hinblick auf die immer größer werdenden Soziallasten die Verantwortung für die durchweg erheblichen Zuschüsse für die Städtischen Bühnen und Orchester nicht mehr tragen zu können glaubten. Die sich aus den Krisenproblemen der kommunalen Finanzpolitik entwickelnde Diskussion warf zum erstenmal die Frage einer Theater-Planwirtschaft im Industrieviertel auf. Als Vorbild einer sinnvollen Bühnenkoalition galt allgemein die unter der erfolgreichen Leitung des Intendanten Dr. Saladin Schmidt zur

Zufriedenheit der kommunalen Partner und des Publikums funktionierende Theatergemeinschaft Duisburg-Bochum. Bereits damals vertraten maßgebliche Kommunalpolitiker die Auffassung, daß die regional zu betrachtende soziologische Einheit des Reviers, jenes sich von Duisburg bis Dortmund erstreckenden Raumes mit den Großstädten Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, mit seinen ziemlich gleichartigen politischen und konfessionellen Verhältnissen und, last not least, wegen seiner günstigen Verkehrsmöglichkeiten, die denkbar besten kulturellen und sozialen Voraussetzungen für eine Theater-Planwirtschaft auf breiter, vielleicht sogar auf breitester Grundlage bietet. Die Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre in dieser Richtung unternommenen Bemühungen, die die Förderung der zuständigen Berliner Regierungsstellen fanden, u. a. ein sorgfältig ausgearbeiteter, auch den einsichtswilligen Fachmann überzeugender Theater-Fusionsplan des früheren Hagener Intendanten Hartmann, jetzt Intendant des NWDR Köln, fanden weitgehende Zustimmung der interessierten Bevölkerungskreise. Schließlich scheiterten aber alle zwischen den Fachdezernenten der in verschiedenen Städten geführten Sondierungen wegen einer interkommunalen Zusammenarbeit der Stadttheater, eventuell auch auf Basis einer „nicht gebundenen“ Planwirtschaft — etwa in der Art einer Koordination oder Aufgabenteilung in den mannigfaltigen Zweigen des Bühnenbetriebes —, an dem von der Mehrzahl der Intendanten der Städtischen Bühnen genährten Partikularismus der Stadtverwaltungen. Für die ablehnende Haltung der Bühnengenossenschaft waren vor allem soziale Momente maßgebend, da nach ihrer Auffassung die Rationalisierung der Theaterwirtschaft eine Verminderung des Künstlerpersonals zur Folge haben müsse.

Das Hitler-Regime mit seiner Parole „Geld spielt keine Rolle“ und die Wirren der Nachkriegszeit machten

In Ausübung ihres Berufes verunglückten tödlich unsere Belegschaftsmitglieder

Bruno Bruckert

Energiewirtschaft

Franz Reiss

Hochofen

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft betrauern ihren Tod und werden ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren.

FÜR DIE

SCHWERBESCHÄDIGTEN

Nachuntersuchung Hirnverletzter

Der Bundesminister für Arbeit hat durch Erlaß vom 23. 12. 1952 — IV a 7 — 7582/52 — einer Krankenkasse folgendes mitgeteilt: „... Bei der Nachuntersuchung arbeitsunfähig erkrankter Hirnverletzter ist von den besonderen Verhältnissen im Einzelfall auszugehen. Grundsätzlich ist zu unterscheiden, ob der Hirnverletzte wegen seiner anerkannten Schädigung oder wegen einer mit dem Schädigungsleiden nicht in Beziehung stehenden Krankheit arbeitsunfähig erkrankt ist. Ist eine versorgungsrechtlich anerkannte Hirnverletzung Ursache der Arbeitsunfähigkeit, so sollte die vertrauensärztliche Nachuntersuchung durch die Krankenkasse nur nach Einsicht in die Versorgungsakten veranlaßt werden. Wo es örtlich möglich ist, sollten Versorgungs- und Vertrauensarzt enge Fühlung halten. In der gleichen Weise sollte verfahren werden, wenn die Diagnose des behandelnden Arztes nicht zweifelsfrei erkennen läßt, ob die Arbeitsunfähigkeit ursächlich durch das Schädigungsleiden hervorgerufen ist und dieser Zweifel auch nach Rückfrage beim behandelnden Arzt nicht geklärt werden kann. Hirnverletzte, deren Arbeitsunfähigkeit durch eine akute Erkrankung (z. B. Grippe), also nicht durch die Hirnverletzung ausgelöst wird, sollten wie die übrigen Versicherten der Nachuntersuchung unterworfen sein, es sei denn, daß im Einzelfalle besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen.“ Zu diesem Erlaß ist beantragt, daß die Nachuntersuchung dann von einem Facharzt vorgenommen werden muß, wenn die Erkrankungsursache die Hirnverletzung ist.

BETRIEBS-

KRANKENKASSE

„Versagen des Krankengeldes und Ablehnung von Krankenhauspflege bei schuldhafter Beteiligung an einer Schlägerei“

Das Oberversicherungsamt Koblenz stellte in seiner Entscheidung vom 26. 6. 1952 folgenden Rechtssatz auf: War ein an den Folgen einer Schlägerei Erkrankter an dieser schuldhaft beteiligt, so kann ihm die Krankenkasse das Krankengeld versagen; auch die Ablehnung der Krankenhauspflege stellt keinen willkürlichen Ermessensmißbrauch der Krankenkasse dar.

Es handelte sich in diesem Falle darum, daß ein Mitglied einer Krankenkasse sich in eine Wirtshausstreitigkeit eingemischt hat und dabei schwer verletzt wurde. Die Krankenkasse lehnte wegen schuldhafter Beteiligung an Schlägerei und Raufhändeln die Zahlung des Krankengeldes ab und übernahm für die Krankenhauspflege lediglich einen Abgeltungsbetrag von 1,— DM je Tag für ärztliche Behandlung und Arzneiversorgung. Das Mitglied erhob Klage beim Versicherungsamt, wurde aber damit abgewiesen. Die Berufung an das Oberversicherungsamt, die das Mitglied daraufhin einlegte, wurde von diesem ebenfalls mit der oben angeführten Entscheidung zurückgewiesen.

Aus den Entscheidungsgründen ist folgendes interessant:

„Die angefochtene Entscheidung hat richtig erkannt, wann die Beteiligung an einer Schlägerei im Sinne der RVO. schuldhaft ist und daß sie es auch schon dann ist, wenn jemand sich so verhält, daß es unter den gegebenen Umständen zu einer Schlägerei kommt. Der Folgerung, der Kläger habe den eigentlichen Streit, wenn auch nicht begonnen, so doch wesentlich mitverursacht, weil er B. gewaltsam aus dem Lokal gedrängt hat, muß beigetreten werden. Zur Versagung eines Anspruchs gemäß § 192 Abs. 2 RVO. genügt es, daß der Verletzte durch sein Verhalten in die Schlägerei verwickelt wurde“.

„Der Krankenkasse und der in ihr zusammengeschlossenen Gemeinschaft kann nicht zugemutet werden, Kosten für ein Ereignis zu übernehmen, das der Versicherte in der beschriebenen Weise schuldhaft verursacht hat. Sie handelte daher richtig, wenn sie ohne Rücksicht auf die Empfehlung in § 184 RVO. oder eine durch die Ablehnung etwa eintretende Hilfsbedürftigkeit hier lediglich die in § 182 Abs. 1 RVO. vorgesehene ambulante Krankenpflege zur Verfügung stellte.“

Wir können daher nur unsere Warnung wiederholen, sich nicht in Schlägereien und Raufhändeln einzulassen. Dem schuldhaft beteiligten Kassenmitglied steht weder Anspruch auf Krankengeld noch auf Krankenhauspflege zu. Außerdem muß der Schädiger der Krankenkasse des Geschädigten ihre Auslagen ersetzen.

Rezeptgebühr

Es bestehen sehr häufig Zweifel darüber, wer von der Zahlung der Rezeptgebühr von 0,50 DM je Verordnungsblatt befreit ist. Wir teilen daher die gesetzlichen Befreiungsmöglichkeiten mit:

1. Befreit von der Rezeptgebühr sind alle Empfänger von Kriegsbeschädigtenrente mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 %.
2. Befreit sind ferner ausgesteuerte und zugeteilte Kriegsbeschädigte, die auf Grund des (rosafarbenen) Bundesbehandlungsscheines für Ausgesteuerte und Zugeteilte behandelt werden. In diesen Fällen hat der Kassenarzt grüne Verordnungsscheine auszustellen.
3. Kriegsbeschädigte Kassenmitglieder, die wegen einer Kriegsbeschädigung behandelt werden und nicht zu einer der obigen Gruppen 1 und 2 gehören, müssen dagegen die Rezeptgebühr von 0,50 DM zahlen, gleichgültig, ob sie wegen einer Kriegsbeschädigung oder eines anderen Leidens behandelt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen von Dortmund und Umgegend hat den Ärzten eine entsprechende Mitteilung gemacht.



Vorfrühlingssonne

der Diskussion über die Theater-Planwirtschaft ein Ende.

Nach der inzwischen erfolgten Wiederbelebung des deutschen Theaters erhebt sich im Hinblick auf die Vollendung des Neubaus der Duisburger Oper, auf den soeben beschlossenen Bau eines Stadttheaters in Gelsenkirchen sowie auf die bevorstehende Neueröffnung des Bochumer Stadttheaters von neuem das Problem planwirtschaftlicher Zusammenarbeit der städtischen Bühnen des Reviers, sei es auf dem Wege einer neuen Organisationsform, wie durch Bildung einer interkommunalen Theatergemeinschaft, durch Koordination oder Kooperation, beispielsweise bei der Abstimmung des Repertoires, bei der Verpflichtung von Künstlern, Gastspielaustausch u. dgl.

Die zahlreichen Möglichkeiten, die sich in dieser Hinsicht bieten, bedürfen keiner näheren Darlegung. Sie müssen der Kombinationsfähigkeit der Fachkreise überlassen werden. Das wichtigste Ziel der in ihrer Art durchaus verschiedenen Theater-Planwirtschaftsvorschläge muß neben den durch Organisationsvereinfachung und Rationalisierung des gesamten Bühnenapparates erzielten Einsparungen unter allen Umständen die Hebung der Qualität der künstlerischen Leistung sein, eine primäre Forderung, die heute mehr denn je ein Auftrag ist, der aus ästhetischen und moralischen Gründen erfüllt werden muß. Die Forderung nach Qualitätssteigerung ist unabdingbar. Nur sie sollte jene Kräfte leiten, die die sinngemäße Planung der Bühnenarbeit betreiben. Sie muß zugleich die für das öffentliche Leben verantwortlichen Persönlichkeiten bestimmen, dem geistigen Gesetz zu dienen und es gegen alle Widerstände, die sich aus falsch verstandenen Ambitionen oder aus Privatinteressen ergeben, zu behaupten. Die sich neu anbahnende Diskussion über Problematik und Verwirklichung der Theater-Planwirtschaft im Raum des Industriegebietes sollte von diesem Gedanken getragen sein. Die Wichtigkeit der Frage ergibt sich aus der eminenten, geradezu europäischen Bedeutung des Reviers, jenes Brennpunktes politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kräfte, den ein amerikanischer Beobachter als „das Korea des alten Kontinents“ bezeichnete.

Es kann vorkommen . . .

. . . daß jemand plötzlich und unverschuldet in Not gerät. Das kann vorkommen infolge eines plötzlichen Todesfalles, langer Erkrankung, Feuer- oder Wasserschadens usw. Es kann auch vorkommen — und das kam in den letzten Monaten und Jahren bei den mehreren tausend Neueinstellungen innerhalb unseres Werkes oft vor —, daß jemand nach seiner Flucht aus dem Osten, wobei er unter Verlust seiner ganzen Habe nur das nackte Leben retten konnte, bei uns eine Arbeitsstätte fand. In allen solchen Fällen zu helfen, war und ist

eine uns selbstverständlich erscheinende Verpflichtung. Dazu haben wir ja unsere besonderen Hilfseinrichtungen geschaffen.

Über derartige Ausnahmevorkommnisse hinaus häufen sich aber Vorschuß- und Darlehnsanträge. Und wir wissen, daß auch die Teilzahlungssummen steigen. Das ist für den einzelnen nicht gut, es ist auch nicht gut für unser Werk, auch nicht für die Volkswirtschaft. Nach einer kürzlichen Erklärung des Vorstandes der Kundenkreditbank ist sogar „für lange Jahre mit einer weiteren Ausdehnung des Teilzahlungsgeschäfts in der Bundesrepublik zu rechnen. Der Teilzahlungsverkauf könne für 1952 auf rund 2,75 Milliarden DM geschätzt werden gegen 2 bis 2,1 Milliarden DM für 1951. Die Summe aller Kreditgeschäfte im Einzelhandel habe 1952 etwa 6 Milliarden DM erreicht gegen 5,1 bis 5,3 Milliarden DM im vorhergehenden Jahr“. Das sind Zahlen, die reinhauen. Mancher möge sich fragen, ob wirklich die zwingende Notwendigkeit bestand, den neuen Super „auf Raten“ zu kaufen. Oder „das Speisezimmer“, die schwere Uhr, die Sesseln garnitur?

Auch Ratenverpflichtungen sind Schuldverpflichtungen. Und Schulden drücken und beengen. Viele schon haben sich bei leichten „Käufen“ übernommen, haben sich selbst in Ketten gelegt, unter deren schwerster Bürde sie ächzen.

Ist es nicht besser, erst zu sparen und dann zu kaufen?

Das Buch für Dich



Ein A bis Z der Wirtschaft

Jedem von uns, der in der wirtschaftspolitischen und sozialen Diskussion steht, der diese Diskussionen in Reden und Zeitungsaufsätzen verfolgt, hat die sogenannte „Sprache der Wirtschaft“ schon manchen Kummer bereitet. Zu gern verwendet man eine Fülle von Abkürzungen: AFL, BDI, BdL, CIO, DGB, DKBL, ERP, MSA, OEEC usw., und wie selbstverständlich spricht man über Abschreibung, Baisse, das Ahlener Programm und die sozialen Enzykliken, über den Arbeitsdirektor und die Entflechtung, über Diskontpolitik und Dollarlücke, Investitionen und Selbstfinanzierung, Index und Integration, Holdinggesellschaft und Muttergesellschaft, soziale Marktwirtschaft und Vollbeschäftigung, Subventionen und Kapazität, Verbundwirtschaft und weiche Währung und was der Dinge mehr sind. Was aber bedeuten diese Abkürzungen, was bezeichnen diese Begriffe, die wir täglich gebrauchen und über die wir diskutieren? Nur die wenigsten wissen es vielleicht. Und doch sollten wir es wissen, um mitreden zu können, vor allen Dingen

Bericht unserer Arbeitsschutzstelle im Monat Februar 1953

Im Monat Februar ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 1 tödlicher und 111 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 24 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	783	15 (15)	— (—)	— (—)	15 (15)
Zementfabrik	86	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Thomaswerk	307	7 (8)	— (—)	— (—)	7 (8)
Martinwerk	560	11 (11)	— (—)	— (—)	11 (11)
Steinfabrik	133	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Phosphatmühle	80	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Kaliberwalzwerke	1028	13 (14)	— (—)	— (—)	13 (14)
Blechwalzwerk I/II	361	10 (12)	— (—)	— (—)	10 (12)
Werk Barop	528	16 (23)	— (—)	— (—)	16 (23)
Breitbandwalzwerk	178	2 (—)	— (—)	— (—)	2 (—)
Spez. Blechwalzwerk	155	— (6)	— (—)	— (—)	— (6)
Preß- und Hammerwerk	178	1 (4)	— (—)	— (—)	1 (4)
Grubenausbau	42	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Kaltwalzwerk	353	2 (8)	— (—)	— (—)	2 (8)
Drahtverfeinerung	293	2 (5)	— (—)	— (—)	2 (5)
Maschinenabteilung	1428	7 (10)	— (—)	— (1)	7 (11)
Elektrotechn. Abt.	486	1 (4)	— (—)	— (—)	1 (4)
Mech. Werkstätten	546	6 (4)	— (—)	— (—)	6 (4)
Eisenbahnbetriebe	946	6 (9)	— (—)	— (—)	6 (9)
Baubetriebe	471	2 (8)	— (—)	— (—)	2 (8)
Fahrbetrieb	71	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Versuchsbetriebe	146	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Sonstige Betriebe	367	2 (—)	— (—)	1 (—)	3 (—)
Lehrwerkstatt	237	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Sozialbetriebe	334	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Hauptverw. u. Betr.-Ang.	1716	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Summe	11 813	111 (150)	— (—)	1 (1)	112 (151)
Wegeunfälle		24 (20)	— (—)	— (—)	(20)

Am 15. Februar 1953 verunglückte der Schlosser Bruno Bruckert, 25 Jahre alt, beschäftigt in der Energiewirtschaft, so schwer, daß er nach einigen Tagen im Krankenhaus verstarb. Bruckert war damit beschäftigt, die Sicherheitsklappe einer Windleitung eines Tiefens im Walzwerk I instand zu setzen. Während dieser Arbeit erfolgte eine Explosion, die den Deckel der Sicherheitsvorrichtung abriß. Dabei wurde Bruckert entweder von dem Deckel getroffen oder von dem Explosionsdruck von seinem Standplatz, der etwa 1½ Meter über der Erde war, heruntergeschleudert. Er erlitt einen komplizierten Schädelbruch.

Am 14. Februar 1953 wurde eine Besprechung mit den Unfallvertrauensmännern des Hüttenwerkes abgehalten.

Er wurde belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielt das Belegschaftsmitglied

Otto Schewinski,

beschäftigt Abt. Hochofen, eine Belohnung vom Werk.

DER WERKARZT SPRICHT

Zuviel weiße Blutkörperchen?

Wie häufig wird dem Arzt vom Kranken berichtet, daß er früher einmal „zuviel weiße Blutkörperchen“ gehabt habe. Für den Kranken spielen die weißen Blutkörperchen eine geheimnisvolle Rolle. Weiße Blutkörperchen gibt es nun wirklich. Sie tragen, im Gegensatz zu den roten Blutkörperchen, keinen Farbstoff in sich, daher der Name. Zahlenmäßig treten die weißen hinter den roten Blutkörperchen weit zurück. Im Kubikmillimeter Blut sind durchschnittlich 4,5 bis 5 Millionen rote enthalten, dagegen nur 6000 bis 8000 weiße.

Die weißen Blutkörperchen sind also etwas Natürliches, nichts Krankhaftes im Blut. Kein Mensch könnte ohne sie leben. Während die roten Blutkörperchen im wesentlichen die Aufgabe haben, alle Gewebe bis in die entlegensten Winkel mit Sauerstoff zu versorgen, haben die weißen eine ganz andere Aufgabe. Überall im Körper, wo etwas in Unordnung gerät, treten sie in Funktion. Ihr Bildungsort ist in der Hauptsache im Knochenmark zu suchen. Bei allen Erkrankungen werden sie in großer Zahl in ihren Ruhestätten alarmiert und beginnen den Kampf gegen die in den Körper eingedrungenen Erreger. Ihre Zahl steigert sich dann im Blut auf das Fünf- bis Sechsfache.

Handelt es sich bei der Erkrankung um eine örtliche Infektion, etwa um einen Furunkel, so greifen die weißen Blutkörperchen am Ort der Infektion in ungeheuren Massen die eingedrungenen Erreger an. Sie umschlingen die Bakterien und nehmen sie in sich auf, wobei die letzteren zerstört werden. Die dabei freiwerdenden Giftstoffe können aber auch die angreifenden Blutkörperchen selbst zugrunde richten. Geschieht dieses in Massen, so kommt es zur Eiterbildung. Das Gewebe um den Eiterherd schmilzt ein, der Eiter entleert sich nach außen, wodurch die Bakterien und deren Giftstoffe aus dem Körper entfernt werden. Damit ist der Heilungsprozeß endgültig eingeleitet.

Es gibt jedoch auch eine krankhafte Steigerung der Anzahl der weißen Blutkörperchen, wobei Zahlen von vielen hunderttausend im Kubikmillimeter erreicht werden. Es handelt sich um das Krankheitsbild der Leukämie. Nicht mit Unrecht wird auch vom Blutkrebs gesprochen. Denn wie beim Organkrebs (Magen- oder Leberkrebs), sehen wir degenerierte Zellformen im Blut auftreten, die normalerweise nie gefunden werden. Die Brutstätten der weißen Blutkörperchen, das Knochenmark, ist der eigentliche Sitz der Erkrankung. Es zeigt schwere degenerierte Veränderungen. Wie beim Organkrebs ist der Verlauf der glücklicherweise nicht häufigen Krankheit meist schleichend und erstreckt sich über Monate und evtl. Jahre; sie ist vom langsamen körperlichen Verfall begleitet. Eine endgültige Heilung ist bis heute nicht möglich, wohl ein Hinauszögern des unweigerlich tödlichen Endes durch Medikamente, Blutübertragungen und Röntgenbestrahlungen.

Nur im Falle der Leukämie, der krankhaften Zunahme der weißen Blutkörperchen, kann man von einem „Zuviel an weißen Blutkörperchen“ sprechen. Wer sagt, vor Jahren daran gelitten zu haben, unterliegt einem Irrtum, denn er wollte dann sicher nicht mehr unter den Lebenden.

Dr. Klauschenz

★



Über den Dächern . . .

aber; um nicht aneinander vorbeizureden.

Zu diesem Wissen bietet ein jetzt erschienenen Büchlein eine wertvolle Hilfe. Unter dem Titel „Aktuelles A bis Z der Wirtschaft“ hat Dr. Wilhelm Jungermann ein kleines Handbüchlein veröffentlicht (148 S.), in dem alle diese Begriffe, im ganzen etwa 350, erklärt sind. Es ist erstaunlich, daß bisher ein solches Büchlein noch nicht erschienen ist. Das „Aktuelle A bis Z“ füllt eine Lücke aus, die dringend geschlossen werden mußte. Als besondere Vorzüge dieses kleinen Handbuches möchten wir noch auf zwei Dinge hinweisen: 1. ist das Büchlein in einer so einfachen und klaren Sprache geschrieben, daß es jeder verstehen kann, auch wenn er keine große wirtschaftliche Vorbildung hat; 2. ist die Objektivität des Verfassers hervorzuheben, der bei den umstrittenen Fragen meist Freunde und Gegner (zum Beispiel beim Begriff Wirtschaftsdemokratie) zu Worte kommen läßt. Wer dieses Büchlein liest, hat deshalb einen Standort, von dem aus er diskutieren kann. Das „Aktuelle A bis Z“ sollte deshalb im Besitz aller sein, die sich in unseren Betrieben mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen haben.

Gesetz über den Lastenausgleich

herausgegeben und erläutert von Dr. Wilhelm Conrad, Vizepräsident des Hauptamtes für Soforthilfe. Unter Mitarbeit von: Regiergungsdirektor und Justitiar H. Oswald, Oberregierungsrat Dr. B. von Klot, Regierungsrat Jos. Ed. Wagner. 1952, 430 Seiten, DIN A 5, 19,— DM. Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen.

Das Lastenausgleichsgesetz ist bis auf gewisse Abweichungen bekanntlich die Fortsetzung der Soforthilfe. Es liegt daher auf der Hand, daß ein Erläuterungswerk zum LAG für Verwaltung, Geschädigte und Wirtschaft von besonderem Nutzen sein muß, in dem die langjährigen Erfahrungen mit der sachverwandten Soforthilfematerie verarbeitet sind. Der Kommentar von Conrad/Oswald stammt aus der Feder des Vizepräsidenten des Hauptamtes und seines Mitarbeiterstabes. Die Benutzer dieses Handbuches werden die besondere Legitimierung dieses Autorenkreises für eine solche Aufgabe bei der Gesamtanlage des Werkes wie der Details immer wieder bemerken. Gestützt auf ihre langjährigen reichen Erfahrungen sind hier aus der Praxis geschöpfte Unterrichtung, zuverlässige Auslegung und Voraussicht in die vermutliche Weiterentwicklung des Gesamtstoffes vereint.

„Ich brauche was für meine Nerven!“

Gleich zweimal an einem Tag wurde etwas für die Nerven der Belegschaftsmitglieder getan. Am Nachmittag des 10. Februar waren alle Lehrlinge in den neuen Festsaal gebeten worden; abends von der übrigen Belegschaft die, die Lust und Laune hatten, sich die kabarettistischen Seitensprünge der „Lese-früchtchen“ anzusehen. Zu der Abendveranstaltung hatte sich auch eine

Reihe geladener Gäste aus der Stadt eingefunden. Cowboys, Killy Peng-Kins, ein unheimlicher Verbrecher, ein schmachthafendes Mädchen zeigten sich so schön, wie sie uns hundertfach an jedem Kiosk begegnen. Man hatte etwas zu lachen, vor allem aber nachzudenken. Dies noch mehr bei den Szenen aus Wiecherts „Majorin“, Graham Greenes „Der dritte Mann“ und vor allem bei den Ausschnitten aus dem Judasroman von Robert Morel. Trotz des guten Besuches hätte sich die Werkbücherei als Veranstalter noch mehr Zuschauer gewünscht. Die ausgestellten Bücher im Vorraum des Festsalles wurden gern und ausgiebig betrachtet. Sie sind der Grundstock einer Jugendfreihandbücherei für unsere neue Lehrwerkstatt.

Perfekt ausländisch!

Es gibt immer noch allzu viele, die nicht so sprechen, wie ihnen „der Schnabel gewachsen“ ist, sondern die sich gerne einen intelligenten Anstrich dadurch zu geben versuchen, daß sie „perfekt ausländisch“ tun und bei jeder passenden Gelegenheit ein unpassendes Fremdwort anbringen. Und da soll man ernst bleiben! Man bleibt es meistens vorn — hinten aber lacht man mit vollen Backen, wenn z. B. ein Diskussionsredner meint: „Da haben wir das Tabernakel, und dieses Tabernakel können wir nur wiedergutmachen, wenn . . .“ — Natürlich meinte der gute Mann: Debakel.

Oder man hört: „In einer der Bewerbungen ist eine Menge orthopädischer Fehler“, und annehmen muß, daß der Kollege „orthographische Fehler“ meint.

Oder wenn es nach einer Wahl heißt: „Er wurde einstimmig im Akklimationsverfahren gewählt . . .“ — wobei man herzlich wünscht, daß der Kollege sich inzwischen gut akklimatisiert hat.

Ach ja, die Fremdwörter! Aber auch sonst kann es viel Freude geben, wenn z. B. zu hören ist: „Wir haben das protokolliert, was an Ergebnissen herausgekommen ist, nämlich gar nichts, aber es mußte ja protokolliert werden.“ Oder: „Einige Bücher waren nicht in Ordnung in der Form, daß die Bücher fehlten.“

Oder wenn gesagt wird: „Die Kollegin X bittet, eine Vertretung zu wählen, wenn sie mal nicht kann.“

Oder: „Besondere Vorkommnisse: Kampf gegen die Beschneidung der Betriebsräte.“ Oder: „Wir müssen uns überlegen, wie wir besser an die Frauen herankommen. D. versucht es mit Musik, S. mit Kaffee und Kuchen. Beide haben sie bereits gute Erfolge erzielt.“

Auch die deutsche Sprache ist schwer! Aber nette Stilblüten tragen prächtig zu dem Humor im Alltag bei. Weshalb wir sie gern veröffentlichen, ohne schulmeisterhaft den Zeigefinger zu erheben.



Diese nette Zeichnung, die uns unser Mitarbeiter Eduard Weichmann, Eisenbahn, als Lösung unseres Preisausschreibens einsandte, trifft den „Kern der Sache“ nicht genau, stellt aber immerhin Mensch und Werk oder Mensch und Arbeit zusammen. Jedenfalls ist die Lösung richtig: „Der Mensch steht im Mittelpunkt des Betriebes“. Wir haben auch eine zweite Lesart als richtig zugelassen: „Im Mittelpunkt des Betriebes steht der Mensch“.

Die für die Lösung zu findenden Silben verteilten sich über vier Ausgaben unseres Mitteilungsblattes. Das ist für einen Ungeduldrigen eine lange Zeitdauer. Wir freuen uns, daß immerhin rund 500 Mitarbeiter ausgehalten haben. 426 richtige Lösungen gingen ein. Es mußte also das Los entscheiden.

Nach Prüfung der Einsendungen und unter Beisein des Preisrichterkollegiums — Arbeitsdirektor Berndsen, Redakteur Hoischen, Rechtsanwalt Hümme, Betriebsratsvorsitzender Schwentke — und der „zufällig zugezogenen Unparteiischen“ Hutfilker und Eilebrecht zog der blinde Mitarbeiter Johann Klein, Sozialwerkstätten, die einzelnen Lose, die wie folgt entschieden:

1. Preis 50,— DM: Pankraz Hornung, Martinwerk,
2. Preis 40,— DM: August Lohoff, Zuchterei I,
3. Preis 30,— DM: August Specht, Hochofen,
4. Preis 25,— DM: Erich Paul, Werk Barop,
5. Preis 20,— DM: Erich Jesse, Walzwerk VIII,
6. Preis 15,— DM: Richard Lange, Lehrwerkstatt,
7. Preis 10,— DM: Heinrich Langenbach, Masch.-Abtlg. Stahlwerk,
8. Preis 10,— DM: Thomas Jasiak, Walzwerk IV,
9. Preis 10,— DM: Boni Zucht, Martinwerk,
10. Preis 10,— DM: Karl Roggon, Drahtverfeinerung,
11. Preis 5,— DM: Helmut Brettin, Mech.-Werkstätten,
12. Preis 5,— DM: Charlotte Liedtke, Einkauf,
13. Preis 5,— DM: Josef Hofstetter, Masch.-Abtlg. Betriebswerkstätten,
14. Preis 5,— DM: Max Zur, Energiewirtschaft,
15. Preis 5,— DM: Paul Zupke, Betriebswirtschaft,
16. Preis 5,— DM: Albert Pape, Werk Barop.

Ein Sonderpreis 20,— DM wurde unserem Mitarbeiter Eduard Weichmann, Eisenbahn, zuerkannt für seine oben wiedergegebene Zeichnung. Die Preise sind den Gewinnern inzwischen ausgezahlt worden.

Den übrigen Teilnehmern am Preisausschreiben danken wir für ihr erfreulich großes Interesse und wünschen ihnen bei unserem nächsten Preisausschreiben

guten Erfolg und viel Glück!

